



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Umwelterklärung 2015 des Bundesumweltministeriums

für die Dienstsitze Bonn und Berlin



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat G I 5 · 11055 Berlin
E-Mail: GI5@bmub.bund.de · Internet: www.bmub.bund.de

Redaktion

BMUB, Referat Z I 4, Reinhold Weigand (Umweltbeauftragter)
BMUB, Referat G I 5, Annette Schmidt-Räntsch, Sahra Koep

Gestaltung

design.idee, Büro für Gestaltung, Erfurt

Druck

BMUB Hausdruckerei

Bildnachweise

Titelseite: Thomas Koehler/Photothek.net (Bild 1), Peter Reichling/BMUB (Bild 2), Max Burkhardt/BMUB (Bild 3),
Jan-Philipp Waaga/BMUB (Bild 4)
Seite 4: Sandra Steins/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Seite 27: Peter Reichling/BMUB
Seite 28: Caro/Muhs
Seite 29: Max Burkhardt/BMUB
Seite 30: Jan-Philipp Waaga/BMUB

Stand

13. Mai 2015

1. Auflage

200 Exemplare

Bestellung dieser Publikation

BMUB, Referat G I 5
E-Mail: GI5@bmub.bund.de

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier.

Inhalt

Vorwort	4
1 Das BMUB im Überblick sowie die Aufgaben und Tätigkeiten	6
2 Umweltmanagement im BMUB	8
2.1 Umweltleitlinien des BMUB	10
2.2 Organisation und Dokumentation des Umweltmanagements im BMUB	11
2.3 Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am EMAS-Prozess	12
2.4 EMAS-Ziele in der Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung, Gleichstellung und Gesundheit	12
3 Umweltrechtliche Anforderungen an das BMUB	14
4 Direkte und indirekte Umweltaspekte	15
4.1 Indirekte Umweltaspekte	16
4.2 Indirekte Umweltaspekte – Ziele und Maßnahmen	21
4.3 Direkte Umweltaspekte im BMUB	24
4.4 Direkte Umweltaspekte – Ziele und Maßnahmen	26
5 Beschreibungen der Standorte	27
5.1 Robert-Schuman-Platz 3 (RSP) in Bonn	27
5.2 Stresemannstraße 128 bis 130 (STR) in Berlin	28
5.3 Köthener Straße 2 bis 3 (KTR) in Berlin	29
5.4 Krausenstraße 17 bis 18 (KRA) in Berlin	30
6 Darstellung der umweltrelevanten Verbrauchsdaten	31
6.1 Erfassungen für alle Standorte	31
6.2 Robert-Schuman-Platz	33
6.3 Stresemannstraße	42
6.4 Köthener Straße	44
6.5 Krausenstraße	46
7 Ihr Ansprechpartner im BMUB	48
8 Erklärung des Umweltgutachters	49
Abbildungs-/Tabellen-/Abkürzungsverzeichnis	50

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem Jahr 2012 nehmen alle vier Dienststellen des Bundesumweltministeriums am Umweltmanagement- und Audit-System (EMAS) teil. Im Rahmen der Revalidierung dieser Standorte erfolgt nunmehr die Einbeziehung des Standortes Krausenstraße mit den neuen Aufgabenbereichen Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht, Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten. Die langfristigen Ziele unserer Umweltleitlinien werden weiterverfolgt, wir wollen unsere Umweltleistung auch in Zukunft kontinuierlich verbessern.

Mit unserer EMAS-Teilnahme kommen wir gleichzeitig den Aufträgen des im Dezember 2010 von der Bundesregierung für ihren eigenen Geschäftsbereich beschlossenen Maßnahmenprogramms „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“ nach. Hierzu zählen unter anderem eine deutliche Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauches sowie eine Halbierung der Kohlendioxid(CO₂)-Emissionen der Bundesregierung bis 2020 gegenüber 1990.

Einen wichtigen Beitrag für die Erreichung unserer Ziele leisten das im Dezember 2014 vom

Bundeskabinett beschlossene Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes), das am 29. Februar 2012 vom Bundeskabinett beschlossen wurde und zurzeit weiterentwickelt wird. Mit dem Klimaschutzprogramm wollen wir unser Ziel erreichen, im Jahr 2020 mindestens 40 Prozent weniger Treibhausgase zu verursachen als 1990. Das Ressourceneffizienzprogramm bezweckt eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourceneinsatz sowie die Senkung der damit verbundenen Umweltbelastungen durch verschiedene Handlungsansätze. EMAS ist in diesem Programm als Handlungsansatz zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und der Umweltleistungen fest verankert. Der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand und insbesondere des BMUB bei der nachhaltigen Bewirtschaftung seiner Liegenschaften kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wir selbst leisten unseren Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz, indem wir unsere eigenen Umweltauswirkungen ständig kontrollieren und verbessern. So beziehen wir zum Beispiel ausschließlich Öko-Strom und stellen unsere Bahnfahrten CO₂-frei.

Die Methodik der Strategieentwicklung im Rahmen unserer Umweltpolitik einschließlich Konsistenz und strategischer Qualität hat ihren festen Platz in unserer Arbeit erhalten. Der Ausbau der Bereiche Fort- und Ausbildung, Gleichstellung und betriebliches Gesundheitsmanagement wird fortgeführt.

EMAS und nachhaltiges Wirtschaften hängen eng zusammen. Wir verfolgen das Leitbild des nachhaltigen Wirtschaftens und unterstützen eine schrittweise Integration von Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik hin zu einer nachhaltigen Entwicklung.



Jochen Flasbarth

Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

1

Das BMUB im Überblick sowie die Aufgaben und Tätigkeiten

Bis 1986 kümmerten sich innerhalb der Bundesregierung drei verschiedene Ministerien um Belange des Umweltschutzes:

- das Innenministerium,
- das Landwirtschafts- und
- das Gesundheitsministerium.

Am 6. Juni 1986 wurde das **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (BMU) gebildet. Es ist seitdem innerhalb der Bundesregierung federführend verantwortlich für die Umweltpolitik des Bundes. Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, verfügte bis 2013 dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen über insgesamt rund 864 Personalstellen. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.708 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

- das Umweltbundesamt,
- das Bundesamt für Naturschutz sowie
- das Bundesamt für Strahlenschutz.

Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen. Nach dem Neuzuschnitt der Bundesministerien (BMUB) zu Beginn der 18. Legislaturperiode wurde der Aufgabenbereich des Hauses um drei Abteilungen mit den Bereichen

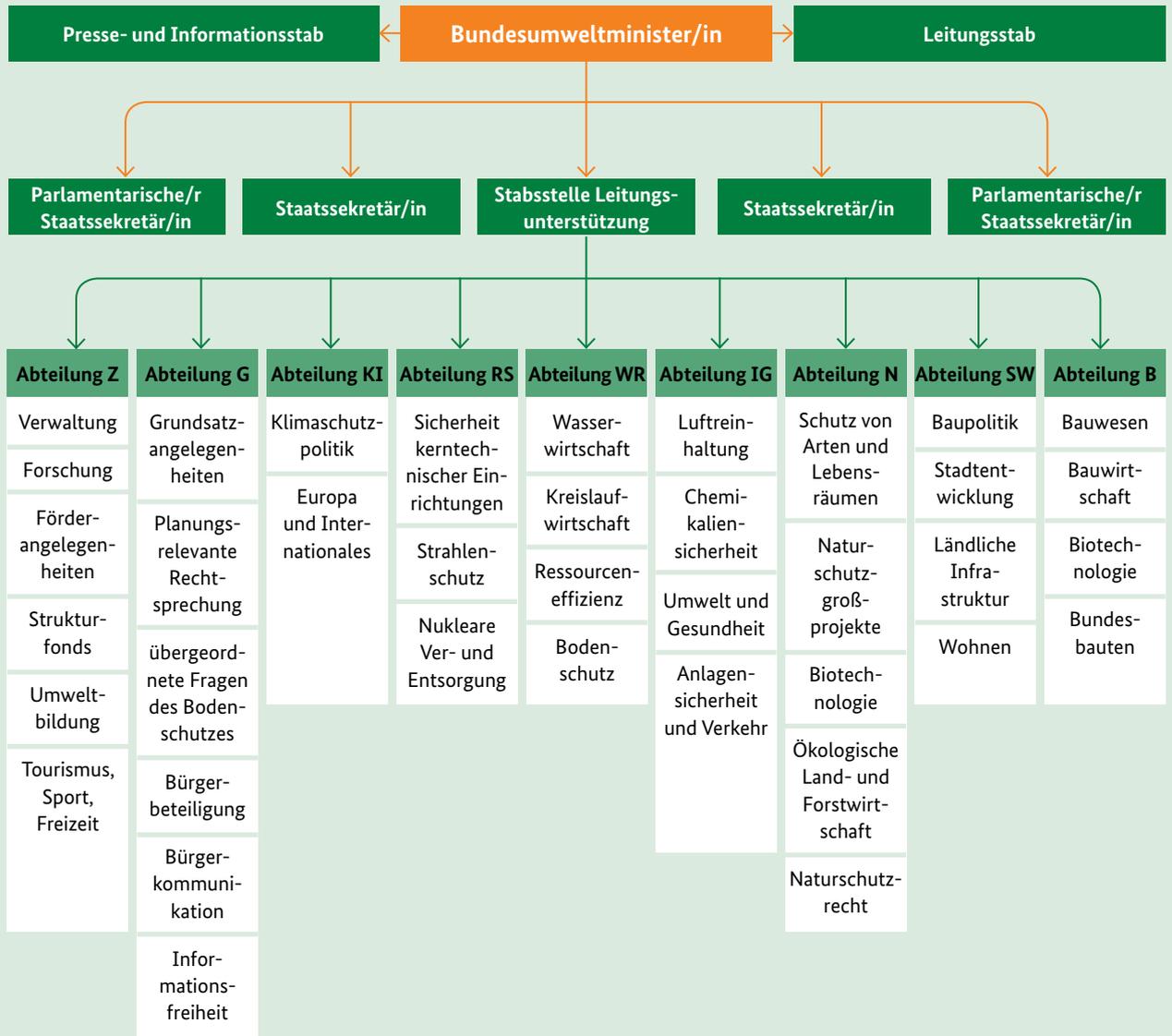
- Grundsatzangelegenheiten der Umwelt-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik (G),
- Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht (SW) und
- Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten (B)

auf insgesamt rund 911 Personalstellen und ein

- Bundesamt für Bauwesen und Raumwesen (BBR mit 1.047 Personalstellen)

erweitert. Die Aufgaben SW und B werden an dem Standort Krausenstraße in Berlin wahrgenommen, der ab 2014 in das EMAS-System integriert und 2015 erstmals zertifiziert wurde. Die Aufgaben und Tätigkeiten werden in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Aufgaben und Tätigkeiten



- IG Umwelt und Gesundheit, Immissionsschutz, Anlagensicherheit und Verkehr, Chemikaliensicherheit
- KI Klimaschutzpolitik; Europa und Internationales
- N Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung
- RS Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung
- SW Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht
- WR Wasserwirtschaft, Ressourcenschutz
- Z Zentralabteilung, Finanzierungsinstrumente, Strukturfonds

Nachgeordnete Bundesbehörden:

Umweltbundesamt (UBA), Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE)

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

2

Umweltmanagement im BMUB

Die Umwelterklärung des BMUB umfasst den Standort in Bonn und die drei Standorte Stresemannstraße, Köthener Straße und Krausenstraße in Berlin.

Allgemeines

Das Bundesumweltministerium ist dem Erhalt einer gesunden Umwelt und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen für jetzige und zukünftige Generationen verpflichtet. Dementsprechend ist es unser Ziel, die deutsche Umweltpolitik vor dem Hintergrund nationaler, europäischer und globaler Aufgaben im Umweltschutz ständig fortzuentwickeln.

Die Aufgabenstellung des BMUB wird durch die Europäische Union (EU) und die Gesetzgebungskompetenz von Bund und den Ländern beeinflusst.

Die **Entscheidungen des Ministerrates der EU** beeinflussen die Gesetzgebung Deutschlands wie der anderen EU-Staaten auf unterschiedliche Weise:

- Verordnungen werden unmittelbar geltendes Recht in allen EU-Staaten. Richtlinien sind von den Mitgliedstaaten innerhalb einer festgesetzten Frist in nationales Recht umzusetzen und zu vollziehen.

Aus dem Grundgesetz ergeben sich im Rahmen der **Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern** drei verschiedene Ebenen:

- Die **ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis** hat der Bund bei allen internationalen und EU-Angelegenheiten, beispielsweise für Umweltschutzverträge mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen, aber auch für den Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Ausführung des Atomgesetzes erfolgt, von Ausnahmen abgesehen, durch die Länder im Auftrag des Bundes. Dabei unterliegen die zuständigen Landesbehörden hinsichtlich der Recht- und Zweckmäßigkeit ihres Handelns der Aufsicht durch den Bund.
- Die **konkurrierende Gesetzgebungskompetenz** gilt unter anderem für die Bereiche Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Chemikaliensicherheit, Bodenschutz, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Raumordnung sowie Recht der Landwirtschaft. Macht der Bund von diesem Recht Gebrauch, gilt der Grundsatz

„Bundesrecht bricht Landesrecht“. Eine Besonderheit gilt für das Atomrecht, in dem der Bund ein weitgehendes Weisungsrecht gegenüber den Ländern hat.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat das BMUB die **Schwerpunkte seiner Umweltpolitik** (zum Beispiel Klima und Energie) entwickelt und durch Abteilungsziele unterlegt, die jährlich fortgeschrieben werden (Projekte, UFO-Plan, Zielvereinbarungen mit UBA, BfN, BfS und BBR als nachgeordnete Behörden). Die Schwerpunkte der Umweltpolitik des Bundesumweltministeriums sind auf der BMUB-Website dargestellt (www.bmub.bund.de). Sie vermitteln das politische Profil des BMUB in der Öffentlichkeit. Bei den Schwerpunkten wird differenziert zwischen Grundsatzfragen, die die gesamte Legislaturperiode betreffen (Beispiele: Klimaschutz, erneuerbare Energien, Bürokratieabbau), und solchen, die regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst werden müssen (Beispiele: Luftemissionen, Hochwasserschutz, Handlungsbedarf zur Umsetzung von EU-Rechtsnormen oder internationalen Vereinbarungen).

Unsere Umweltpolitik

Die Umweltpolitik hat in den vergangenen Jahren stark an Einfluss und Status gewonnen. Der Umweltschutz ist unbestritten eine Querschnittsaufgabe geworden. Heute besteht die Herausforderung darin, die Industriegesellschaft vor dem Hintergrund schwieriger werdender globaler Rahmenbedingungen (Klimaschutz, Rohstoffverfügbarkeit, rasante wirtschaftliche Globalisierung) aktiv zu gestalten und zukunftsfähig zu machen. Die Potenziale der Umweltpolitik für mehr Beschäftigung und Innovation müssen weiter ausgeschöpft werden, denn Umweltschutzgüter sind ein Wachstumssegment auf dem Weltmarkt. Wir wollen Wettbewerbsvorteile für die deutsche Wirtschaft durch einen intelligenten Umweltschutz erreichen, die Investitionen und Innovationen ermöglichen sowie Arbeitsplätze schaffen. Dabei setzen wir bereits in der Bildung an, indem wir für Schulen kostenlose Unterrichtsmaterialien anbieten sowie Projekte fördern. Die Angebote des BMUB-Bildungsservice sind als Maßnahme der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet.

Die Umweltpolitik des BMUB hat eine Vision des nachhaltigen Wirtschaftens. Sinn und Zweck dieser

Vision ist der Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung einer intakten natürlichen Umwelt. Sie ist für den Menschen überlebenswichtig. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei uns in Deutschland großräumige intakte Natur und Städte mit hoher Umweltqualität erleben können und aus dieser Erfahrung heraus zu verantwortlich handelnden Akteuren im Ökosystem Erde werden.

In der **Energiepolitik** geht es darum, drei Ziele zu erreichen, nämlich Versorgungssicherheit, angemessene, sozialverträgliche Preise und Klimaschutz.

Aktivitäten und Instrumente für die europäische Umweltpolitik

Wichtige Ziele des BMUB beziehen sich auch auf die Umweltpolitik der Europäischen Union (EU), deren Bedeutung in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Rechtsetzung. Die Bundesregierung strebt in Brüssel unter anderem die notwendige innere Harmonisierung und Vereinfachung des europäischen Umweltrechts an. Das BMUB macht seinen Einfluss hier im Rahmen des EU-Umweltministerrates, bei bilateralen Gesprächen mit der EU-Kommission, den Umweltministerien der Mitgliedstaaten, Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und mit der jeweiligen Ratspräsidentschaft geltend.

Dauerhaft bei der EU-Kommission eingerichtete Ausschüsse zu einzelnen Umweltbereichen, in denen die Umweltministerien aller Mitgliedstaaten vertreten

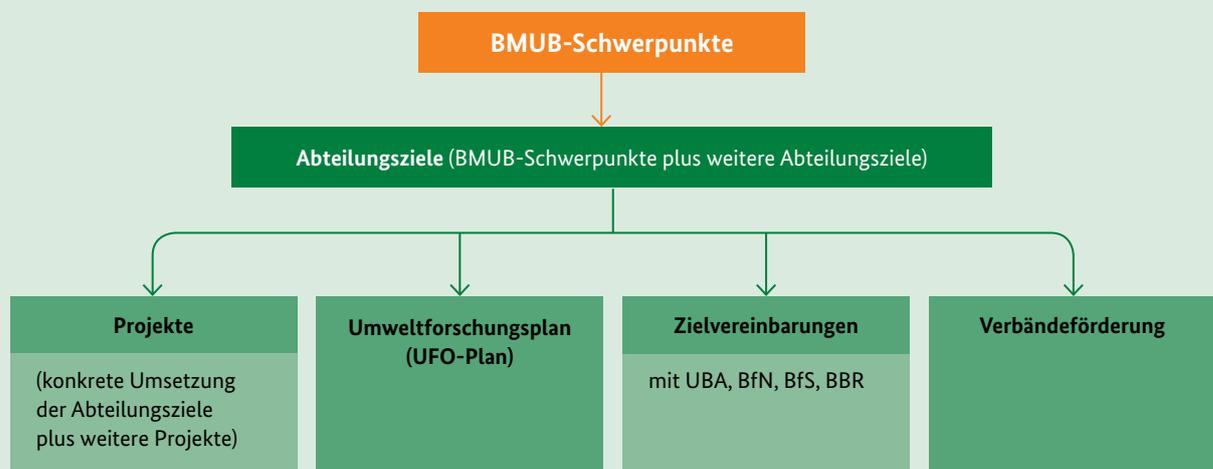
sind, bieten die Möglichkeit, europäische Umweltpolitik wirksam mitzugestalten. Auch die Ergebnisse von Forschungsvorhaben können im Rahmen dieser Ausschüsse genutzt werden.

Das BMUB verfügt über verschiedene Instrumente, um seine Ziele umzusetzen und die Umsetzung zu überwachen. Im Rahmen der Projektplanung werden Rechtsetzungsvorhaben, internationale und EU-Konferenzen, sonstige Konferenzen sowie politische prioritäre Vorhaben vorbereitet und deren Durchführung mittels eines EDV-gestützten Monitoringverfahrens überwacht (sogenannter Intraplan).

Der Umweltforschungsplan (UFO-Plan) gibt den jährlich ermittelten Forschungsbedarf wieder, der sich aus den Aufgaben des Bundesumweltministeriums ergibt, und ist auf der BMUB-Website eingestellt. Die Realisierung, das heißt Vergabe von Forschungsvorhaben, erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Zielvereinbarungen mit den nachgeordneten Behörden erfolgen auf der Grundlage von Jahresplanungsgesprächen der Behördenleitungen. Das Instrument der Verbändeförderung dient der Verwirklichung der Ziele des BMUB durch innovative Verbändeaktivitäten. Das Verfahren der Antragstellung ist ebenfalls auf der BMUB-Website eingestellt.

Die nunmehr auch beim BMUB angesiedelte Städtebauförderung trägt dazu bei, die Ziele einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogenen Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik zu konkretisieren.

Abbildung 2: Instrumente der Planung, Umsetzung und Kontrolle



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB, Stand Mai 2014)

Regelmäßige Besprechungen der Hausleitung mit den Abteilungsleitungen dienen dem fachlichen Austausch, der gegenseitigen Information und der Kontrolle der Verwirklichung der Ziele. Hausinterne Abschlussberichte, die zu Forschungsvorhaben zu erstellen sind, stellen eine weitere Kontrolle der Zielerreichung dar. Ergebnisse von Forschungsvorhaben werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, seitens des BMUB und/oder den nachgeordneten Behörden veröffentlicht.

2.1 Umwelitleitlinien des BMUB

Das Bundesumwelt- und Bauministerium ist dem Erhalt einer gesunden und lebenswerten Umwelt und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen für jetzige und zukünftige Generationen verpflichtet.

Dementsprechend ist es unser Ziel, die deutsche Umwelt- und Städtebaupolitik vor dem Hintergrund nationaler, europäischer und globaler Aufgaben im Umweltschutz ständig fortzuentwickeln. Wir unterstützen damit eine schrittweise Integration von Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Hierzu zählen auch würdige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Mitbürger und Mitbürgerinnen. Die soziale Wohnraumförderung und die energetische Gebäudesanierung sind Beispiele, bei denen wir zu einer sinnvollen gegenseitigen Ergänzung unserer Umwelt- und Städtebaupolitik gelangen. Was wir in der Umweltpolitik anderen abverlangen, gilt erst recht für uns. Dies verpflichtet uns, unsere eigenen Tätigkeiten und innerbehördlichen Abläufe vorbildlich dauerhaft umweltgerecht auszuüben und zu gestalten. Die Mitarbeiterbelange als ein Element sozial verantwortlichen Handelns wurden Anfang 2008 aufgenommen.

1. Mit der Einrichtung des anspruchsvollsten und international anerkannten europäischen Umweltmanagementsystems EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) haben wir ein geeignetes Instrument, um uns diesen Herausforderungen zu stellen.
2. Die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen dient uns als Mindeststandard, den wir wo immer möglich übertreffen wollen. Das Staatsziel Umweltschutz (Artikel 20a Grundgesetz) wollen wir durch eine effektive Erfüllung der Aufgaben unseres Ministeriums, insbesondere im Rahmen der Rechtsetzung, optimal verwirklichen. Unsere eigene Umwelleistung wollen wir dabei kontinuierlich verbessern.
3. Wir gehen verantwortungsvoll und effizient mit Ressourcen um. Wir wollen das Klima schützen, mit Energie sparsam umgehen und zunehmend erneuerbare Energien nutzen. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung entsprechender umweltpolitischer Instrumentarien. Wir minimieren umwelt- und gesundheitsschädliche Auswirkungen – auch des eigenen Handelns. Wir wollen im Dienstalltag Abfälle, Wasser- und Energieverbrauch sowie Lärm reduzieren und Verkehr vermeiden. Für Fahrten von der Wohnung zum Dienstsitz sowie auf Dienstreisen wollen wir uns umweltverträglicher Verkehrsmöglichkeiten bedienen. Die Landschaft und Grünflächen an unserem Dienstsitz wollen wir schützen, pflegen und naturnah gestalten.
4. Wir wollen bevorzugt die in Herstellung, Gebrauch und Entsorgung umweltverträglichsten Waren und Dienstleistungen beschaffen. Dabei berücksichtigen wir anerkannte Zertifizierungsprogramme. Entsprechend wählen wir unsere Vertragspartnerinnen und Vertragspartner aus.
5. Wir setzen uns für einen umweltbezogenen Gesundheitsschutz, hohe Arbeitsplatzzufriedenheit und ein gesundes Arbeitsumfeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Sozial nachhaltiges Handeln ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesamtpolitik. Wir sehen hier zunächst einen Schwerpunkt bei den Mitarbeiterbelangen. Gesundheitsförderung, Aus- und Weiterbildung, familiengerechte Arbeitszeitgestaltung und Gleichstellung sind Themen, bei denen wir in den kommenden Jahren Ziele und Maßnahmen festlegen, diese durchführen und hierüber berichten wollen.
6. Unser Umweltmanagementsystem lebt vom täglichen Einsatz der Einzelnen am Arbeitsplatz, bei Dienstreisen und auf dem Weg zur Arbeit. Deshalb fördern und entwickeln wir umweltgerechtes Verhalten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
7. Wir werden regelmäßig den Erfolg unserer Umweltmaßnahmen überprüfen und, wo immer erforderlich, weitere Verbesserungen vornehmen. Über die Ergebnisse unserer Leistungen im Umweltschutz werden wir regelmäßig und offen berichten.

2.2 Organisation und Dokumentation des Umweltmanagements im BMUB

Das Umweltmanagement hat sich auf der Grundlage der in der Umwelterklärung 2006 dargestellten Zuständigkeiten und Inhalte entwickelt und wurde im Sinne der Eco-Management-and-Audit-Scheme-Verordnung (EMAS-VO) weitergeführt und auf die Berliner Standorte übertragen.

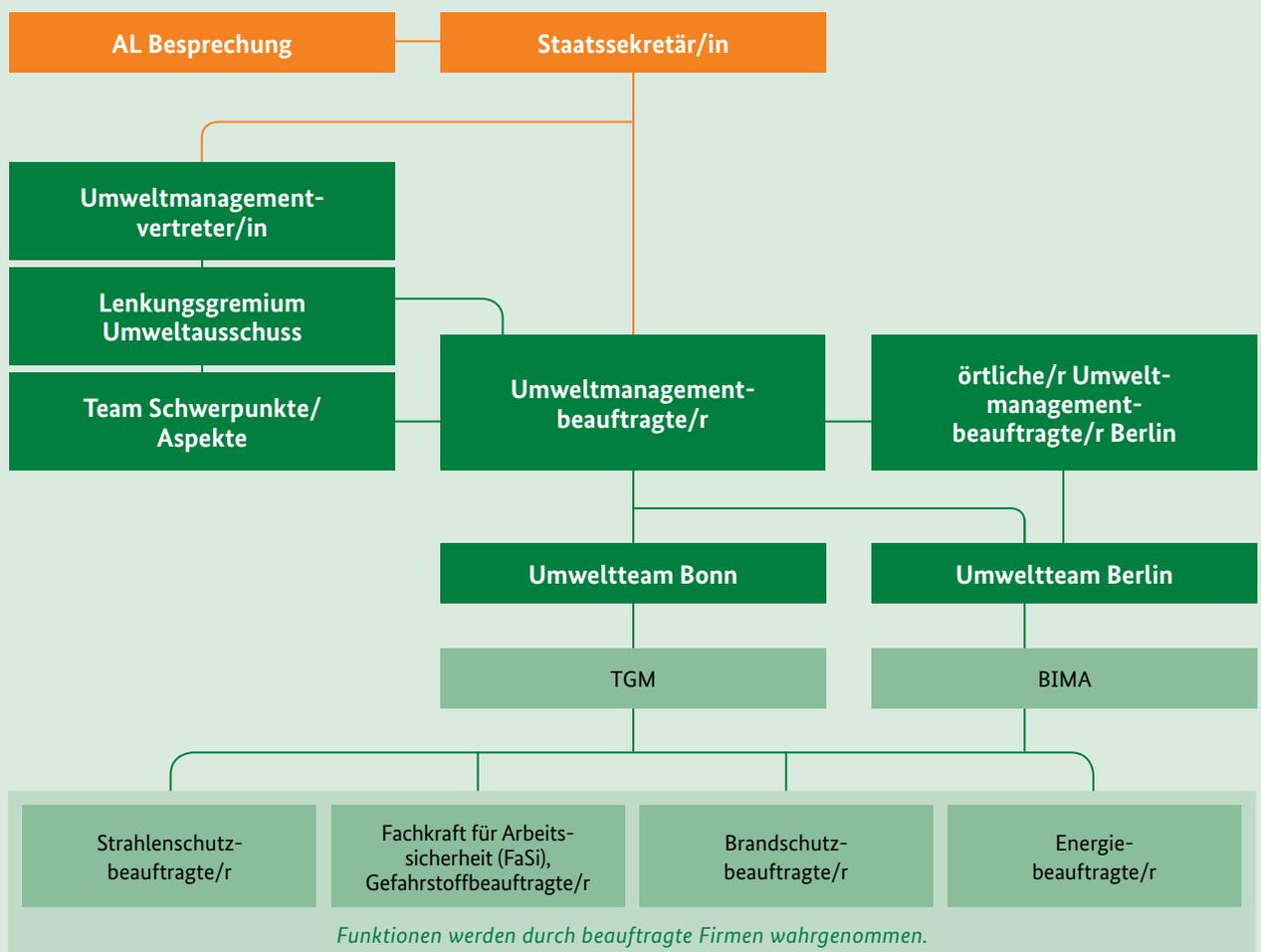
Die Organisation und die verantwortlichen Stellen zur Weiterführung von EMAS im BMUB sind im folgenden Organigramm dargestellt. Die Verbindungen symbolisieren die wichtigsten Kommunikationswege.

Verantwortlich für die Umsetzung und Weiterführung von EMAS im BMUB ist die Leitung, mithin

der Staatssekretär. Die von ihm gebilligten Umweltleitlinien geben die Ziele des Hauses für die Weiterentwicklung des Umweltmanagementsystems vor. Die Funktion des Umweltmanagementvertreters im Sinne der EMAS-Verordnung nimmt die Abteilungsleitung der Zentralabteilung/Finanzierungsinstrumente, Strukturfonds (AL Z) wahr. Zur Unterstützung wurde durch die Leitung ein Lenkungsgremium (LG UA) eingerichtet, dessen Leitung grundsätzlich ebenfalls dem Leiter der Zentralabteilung obliegt, jedoch vorübergehend der Unterabteilungsleitung ZI Verwaltung (UAL ZI) übertragen wurde. Im LG UA sind alle Abteilungen und die Personalvertretung mit je einem Mitglied vertreten.

Für die operative Arbeit und für die Geschäftsführung im LG UA wurde von der Leitung ein Umweltmanagementbeauftragter (UMB) für das BMUB bestellt. Seine Tätigkeiten sind in einem Aufgabenprofil beschrieben.

Abbildung 3: Organigramm EMAS



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Unterstützt wird er in seiner Arbeit an den Berliner Standorten durch eine örtliche Beauftragte und von jeweils einem Umweltteam, bestehend aus MitarbeiterInnen aus allen Bereichen des Hauses, insbesondere durch das Gebäudemanagement im Referat Innerer Dienst und durch extern Beauftragte für die Bereiche Strahlenschutz, Arbeitssicherheit, Gefahrstoffe und Brandschutz. In Bonn ist das Technische Gebäudemanagement (TGM) (Referat im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [BMVI] als „externer Dienstleister“ für die Bundesbauten Bonn-Nord) und in Berlin die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BIMA) als infrastrukturelles und technisches Gebäudemanagement in diesem Team vertreten. Damit sind alle wesentlichen Fachbereiche des Hauses in das Umweltmanagementsystem eingebunden. Die Umweltteams, die im Wesentlichen den Bereich der direkten Umweltaspekte bearbeiten, tagen bedarfsweise, jedoch mindestens viermal im Jahr. Außerdem wurde ein Team für Schwerpunkte und indirekte Umweltaspekte gebildet.

Der UMB berichtet über seine Tätigkeiten und die Ergebnisse des Umweltmanagements im Haus mindestens zweimal jährlich im Rahmen der Sitzungen des Lenkungsgremiums (LG UA). Auch die jährliche Managementbewertung des Umweltmanagementsystems wird in diesem Gremium vorbereitet.

Dokumentation des Umweltmanagementsystems – das Umwelthandbuch (UHB)

Im Umwelthandbuch ist das Umweltmanagementsystem des BMUB beschrieben. Alle wichtigen Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Hauses, die im Zusammenhang mit dem Umweltmanagementsystem stehen, sind darin geregelt.

Zur Konkretisierung der Regelungen wurden mitgelieferte Unterlagen zum Handbuch erstellt. Diese Unterlagen betreffen beispielsweise Regelungen zur Abfalltrennung im Haus oder die Durchführung von Audits zur Überprüfung des Umweltmanagementsystems.

Das Handbuch richtet sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMUB und ruft dazu auf, das Umweltmanagement aktiv zu leben und zur Steigerung der „Umweltleistung“ beizutragen. Der allgemeine Teil des Umwelthandbuches und die Verfahrensanweisungen sind Dienstanweisungen und damit verbindlich für den gesamten Verantwortungsbereich des BMUB. Änderungen werden im Intranet bekannt gegeben und im Änderungsmodus kenntlich gemacht. Das UHB liegt in Papierform beim UMB und in der Bibliothek zur Einsicht.

2.3 Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am EMAS-Prozess

Während wir 2006 festgestellt haben, dass **EMAS nicht „Einer Macht Alles Selbst“** bedeutet, stellen wir beim Blick zurück und in die Zukunft gewandt fest, dass die Abkürzung in der Umkehrung als **SAME** zu lesen, auch **nicht nur die Frage „Sind Alle Maßnahmen Erledigt“** umfasst.

Es hat sich gezeigt, dass die Unterstützung der Leitung und aller MitarbeiterInnen des BMUB wesentliche Bausteine für die Weiterführung eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses sind. Verhaltensbedingte Verbesserungen haben – zusammen mit Investitionen – zur Reduzierung bei einigen Verbrauchswerten an den Standorten geführt.

Ein weiterer Indikator für ein verbessertes Umweltbewusstsein beziehungsweise für ein gesteigertes Engagement, um Verbesserungen anzustoßen, ist die Beteiligung der MitarbeiterInnen am Vorschlagswesen. Neben den Hinweisen und Anregungen auf dem „kleinen Dienstweg“ wurden auch förmlich Vorschläge eingereicht.

2.4 EMAS-Ziele in der Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung, Gleichstellung und Gesundheit

Die Bereiche Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung sowie Gesundheitsmanagement stehen unter dem Leitbild der sozialen Nachhaltigkeit. Zufriedene, motivierte und gesunde Beschäftigte im BMUB sind die Grundlage für eine erfolgreiche Umweltpolitik.

So ist das Heranführen an die berufliche Reife, die Vertiefung von Kenntnissen und die Übernahme sozialer und ökologischer Verantwortung erklärtes Ziel der BMUB-Ausbildung. Diese Ziele werden fortlaufend durch geeignete Maßnahmen unterstützt. Beispielsweise erstellen die Auszubildenden gemeinsam Informationen für die Beschäftigten durch die Azubi-Zeitung „Green Antz“. Darüber hinaus werden sie zur Förderung des sozialen Engagements an verschiedene Projekte herangeführt. Eine staatspolitische Lehrwoche in Berlin und Bonn stehen ebenso alle zwei Jahre auf dem Programm.

Jede/r Auszubildende des BMUB erhält in einem Einführungsseminar unter anderem Übersichten über wesentliche Verwaltungsverfahren und wird mit den EMAS-Aktivitäten des BMUB vertraut gemacht. Hierbei werden die Auszubildenden auf die Umweltauswirkungen hingewiesen, ebenso auf die ökologische Verantwortung des Einzelnen.

Für den Bereich der Personalentwicklung ist die Fortbildung ein zentraler Baustein. Die Erhaltung und Erweiterung der Fach-, Methoden- und kommunikativen Kompetenzen einschließlich der Fortentwicklung der Führungskompetenzen dienen dem Ziel der sozialen Nachhaltigkeit. Die systematische Ausweitung der hausinternen Angebote, die im Jahr 2012 nahezu 40 Prozent der Fortbildungen ausmachten, wurde weiter vorangetrieben. Ziel ist es, neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso Reiseemissionen zu vermeiden.

Das BMUB hat mit „Peer Learning“ („Voneinander Lernen“) sehr positive Erfahrungen gemacht. Im Rahmen des Nachwuchskräfteworkshops, der alle 1,5 Jahre stattfindet, stellen Nachwuchskräfte ausgewählte Arbeitsschwerpunkte vor. Ein Schwerpunkt im Jahr 2013 war der Strategieentwicklung gewidmet. Die hausinterne Veranstaltungsreihe „Voneinander Lernen“ (circa viermal pro Jahr) für alle Beschäftigten – gesondert an den Dienstsitzen – präsentiert aktuelle umweltpolitische oder Verwaltungsthemen durch interne „Experten“.

Personalentwicklung dient im BMUB auch der persönlichen Weiterentwicklung. Hierzu ist der Bereich der Konfliktbewältigung und -prävention in den letzten Jahren in den Fokus gerückt. Eine eigenständige Dienstvereinbarung gibt den Beschäftigten Anhaltspunkte, wie im Konfliktfall verfahren werden kann. Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes „Einführung neuer Beschäftigter“ wird der Netzwerkgedanke durch die Einführungsfortbildung gestärkt sowie alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihre ökologische Verantwortung durch Erläuterungen des EMAS-Prozesses im BMUB hingewiesen.

Das Projekt Mentoring mit einer Laufzeit von 1,5 Jahren wird regelmäßig angeboten und hat unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte. Im April 2014 wurde das 4. Mentoring-Projekt 2014/2015 ausgeschrieben.

Im Bereich der Gleichstellung ist die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen weiter erklärtes Ziel der Bundesregierung. Die regelmäßige Erstellung des Gleichstellungsplans alle vier Jahre mit einer zweijährigen Aktualisierung dient der Zielkontrolle und der

Zielanpassung zur Beseitigung der Unterrepräsentanz. Besondere Fortbildungsmaßnahmen und Trainings (zum Beispiel Bewerbungstraining) für Frauen aller Laufbahngruppen werden in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten jährlich angeboten. Hier spielen auch ökologische Aspekte bei der Organisation (Vermeidung von Flugreisen) durch dienstspezifische Angebote eine Rolle.

Im Rahmen der sozialen Nachhaltigkeit hat das betriebliche Gesundheitsmanagement im BMUB eine wichtige Funktion. Langfristiges Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der Führungs- und Sozialkompetenzen sowie eine Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins und der Arbeitsplatzzufriedenheit der Beschäftigten. Als mittelfristiges Ziel wird die Absenkung der krankheitsbedingten Fehltag angestrebt. Den Führungskräften kommt hierbei auch eine besondere Bedeutung zu. Bei mehr als sechs Wochen Arbeitsunfähigkeit werden Beschäftigten Maßnahmen zum betrieblichen Eingliederungsmanagement angeboten. Ziel ist es, die Arbeitsfähigkeit zu verbessern und einer erneuten Arbeitsunfähigkeit rechtzeitig vorzubeugen. Hierzu wurde von der Dienststelle eine Ansprechperson benannt, deren Aufgabe es ist, die Beschäftigten zu beraten und geeignete Maßnahmen zu koordinieren.

Alle zwei Jahre werden Gesundheitstage in Bonn und Berlin durchgeführt, Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen angeboten sowie Entspannungsprogramme und Rückenschulen fortlaufend angeboten.

Das BMUB ist seit 2010 mit dem Audit „Beruf und Familie“ zertifiziert. Im Rahmen des Audits werden Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern und das BMUB als familienbewussten Arbeitgeber kennzeichnen. Insoweit wird auf die Zielsetzungen und Maßnahmen im Rahmen dieser Audits verwiesen.

Im Sommer 2013 wurden im Rahmen der Re-Auditierung weitere Maßnahmen beschlossen. Inhaltlich stehen für die nächsten drei Jahre vor allem die Themen Arbeitsort (mobiles Arbeiten), Förderung der Vereinbarkeit als Teil des Führungsalltags, Führung in alternativen Arbeits-(zeit-)modellen und Unterstützung von Eltern und pflegenden Angehörigen des BMUB im Vordergrund. Mit dem Re-Audit setzt das BMUB den Weg einer familienbewussten Personalpolitik fort und nutzt gleichzeitig die Chance, mit der flexibleren Arbeitsplatzgestaltung zum Beispiel die tägliche Anreise an den Arbeitsplatz entbehrlich zu machen und so Verkehrsemissionen einzusparen.

3

Umweltrechtliche Anforderungen an das BMUB

Die EMAS-Verordnung fordert als Mindeststandard die Einhaltung aller umweltrechtlichen Anforderungen. Externe Anforderungen an das BMUB sind insbesondere durch die geltenden rechtlichen Vorschriften sowie die unserem Managementsystem zugrunde liegenden Verordnungen und Normen vorgegeben.

Im Zuge der ersten Umweltprüfung an den vier Standorten, in Bonn (Robert-Schuman-Platz 3 [RSP]) und Berlin (Stresemannstraße 128 [STR], Köthener Straße 2 bis 3 [KTR], Krausenstraße [KRA]), wurde jeweils ermittelt, welche rechtlichen Vorschriften auf die Dienststelle zutreffen. Auf dieser Grundlage wurden standortbezogene Rechtskataster erstellt. Der Umweltmanagementbeauftragte führt diese Listen und erhält von den Organisationseinheiten Informationen, dem TGM und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Informationen hinsichtlich geänderter Vorschriften und aktualisiert daraufhin die Rechtskataster. Darüber hinausgehende Informationen bezieht der Umweltmanagementbeauftragte/die örtliche Beauftragte aus dem Bundesgesetzblatt sowie aus dem Internet.

Die Einhaltung der Vorschriften wird mindestens einmal jährlich im Rahmen von internen Audits geprüft. Grundlage sind eigens dafür erstellte Rechts-Checklisten. Auch die Genehmigungsbescheide wurden im Hinblick auf umweltrelevante Anforderungen und deren Einhaltung im Haus überprüft.

Die wichtigsten gesetzlichen Anforderungen sowie die Regelung der Verantwortlichkeiten sind im folgenden Abschnitt zusammengefasst:

- Die Dienststelle des BMUB in Bonn wird mit Fernwärme beheizt, so dass keine eigenen Feuerungsanlagen betrieben werden. Vorgaben des Immissionsschutzrechts betreffen den für den Küchenbetrieb in Berlin genutzten Erdgasanschluss und die vom Streitkräfteamt der Bundeswehr genutzten Pavillons in Bonn. In Berlin werden die Aufgaben des Technischen Gebäudemanagements (TGM) von der BImA, in Bonn vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur – Referat Z 33 – wahrgenommen.
- Abfallrechtliche Anforderungen werden in Bonn durch die Hausverwaltung (HV) des BMUB für die gesamte Dienstliegenschaft umgesetzt. In Berlin erfolgt dies ebenfalls durch die Hausverwaltung (HV) des BMUB beziehungsweise durch BImA.
- Anforderungen an den Gewässerschutz ergeben sich unter anderem aus der Abwassersatzung der Stadt Bonn beziehungsweise der Senatsverwaltung Berlin für den Bereich der Küchen. Es wurden jeweils Wartungsverträge für den Fettabscheider abgeschlossen, um die Einhaltung der Grenzwerte zu gewährleisten.
- Die Betriebssicherheitsverordnung regelt den Umgang mit Arbeitsmitteln und Anlagen. Für die Umsetzung der Anforderungen ist jeweils das TGM an den Standorten verantwortlich.
- Gefahrstoffe kommen im BMUB nur in kleinen Gebinden in den Bereichen Küchen und Reinigung sowie in unserer Druck- und Vervielfältigungsstelle zum Einsatz. Es werden Verzeichnisse geführt, um den Einsatz dieser Stoffe zu dokumentieren. Die Organisationseinheiten sind für die Erstellung von Betriebsanweisungen und die Durchführung von Unterweisungen der MitarbeiterInnen im Einvernehmen mit dem extern beauftragten Gefahrstoffbeauftragten zuständig.
- In unseren Poststellen in Bonn und Berlin ist je ein Durchleuchtungsgerät vorhanden, um den Posteingang zu überprüfen. Für die Umsetzung der Röntgenverordnung ist die Poststelle im Einvernehmen mit dem extern beauftragten Strahlenschutzbeauftragten verantwortlich.
- Für Arbeitssicherheit ist eine Fachkraft für Arbeitssicherheit benannt. Die extern beauftragte Fachkraft führt Gefährdungsbeurteilungen und Unterweisungen für die vier Standorte durch und berichtet im Arbeitsschutzausschuss an die Behördenleitung.
- Zur Gewährleistung der Notfallvorsorge besteht für Bonn und Berlin jeweils ein umfangreiches Brandschutzkonzept, das in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr erstellt wurde. Zur Umsetzung und Kontrolle des Konzepts ist ein extern beauftragter Brandschutzbeauftragter benannt. Auch Ersthelfer sind für einen Notfall geschult und eingewiesen.

- In den vier Standorten sind für die Bereiche Reinigung und Küche Fremdfirmen tätig. Diese haben wir auf deren Verantwortung zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben schriftlich hingewiesen.
- Lärmrelevante Anlagen existieren nicht. Altlasten sind sowohl in Bonn als auch in Berlin nicht bekannt.

4

Direkte und indirekte Umweltaspekte

Für beide Bereiche wurde eine Übersicht der wesentlichen Umweltaspekte erstellt und eine Bewertung durchgeführt. Die Bewertungen orientieren sich an einem vom Umweltbundesamt entwickelten Verfahren, das bereits in Umwelterklärungen vorgestellt wurde und auch bei den Umwelterklärungen 2006, 2009 und 2012 des BMUB angewandt wurde.

Als Ergebnis der Bewertung werden die Umweltaspekte in drei Kategorien eingeteilt:

- A** = Besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz,
B = Umweltaspekt mit durchschnittlicher Bedeutung und Handlungsrelevanz,
C = Umweltaspekt mit geringer Bedeutung und Handlungsrelevanz.

Nach der Einstufung der Umweltaspekte in diese Kategorien werden die Umweltaspekte im Hinblick auf die

Einflussmöglichkeit bewertet. Hierfür werden zusätzlich folgende Kategorien herangezogen:

- I** = Auch kurzfristig ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden,
II = Der Umweltaspekt ist nachhaltig zu steuern, jedoch erst mittel- bis langfristig,
III = Steuerungsmöglichkeiten sind für diesen Umweltaspekt nicht, nur sehr langfristig oder nur in Abhängigkeit von Entscheidungen Dritter gegeben.

Alle Umweltaspekte können mit Hilfe dieses Schemas bewertet werden, um ihre Umweltrelevanz und den Handlungsbedarf zu ermitteln. Ein Umweltaspekt, der zum Beispiel mit A und I bewertet wird, ist ein besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz, bei dem auch kurzfristig ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden ist.

Tabelle 1: Bewertung der Umweltaspekte

Quantitative Bedeutung	Prognostizierte zukünftige Entwicklung	Gefährdungspotenzial/Einstufung des Umweltaspektes		
		hoch (A)	durchschnittlich (B)	gering (C)
hoch (A)	zunehmend (A)	A	A	B
	stagnierend (B)	A	B	B
	abnehmend (C)	B	B	B
durchschnittlich (B)	zunehmend (A)	A	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C
gering (C)	zunehmend (A)	B	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

4.1 Indirekte Umweltaspekte

Mit unserer Umweltpolitik stellen wir uns unserer Verantwortung zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, um sowohl heute als auch für künftige Generationen eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. Die Ziele einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen und des Flächenverbrauchs, einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieverbrauch, einer Verringerung der Schadstoffbelastung der Luft sowie der Erhaltung der Artenvielfalt und Landschaftsqualität sind gleichzeitig Bestandteile der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Der Fortschritt zur Erreichung dieser Ziele wird regelmäßig überprüft und in den jährlichen Indikatorenberichten des Statistischen Bundesamtes (zuletzt im Juni 2014) veröffentlicht. Die Fortschrittsberichte der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beschreiben zudem ausführlich die Einzelmaßnahmen zur Erreichung dieser Ziele (siehe Fortschrittsbericht 2012). Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung beschloss darüber hinaus im Dezember 2010 ein umfassendes Maßnahmenprogramm „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“, das ausführliche Zielsetzungen im Bereich des Umweltschutzes enthält, allen Bundesressorts entsprechende Aufgaben zuweist und 2015 fortgeschrieben wird.

Die Instrumente der Umweltschutzpolitik sind vielfältig (siehe insoweit die Umwelterklärung 2006). Es handelt sich zu einem großen Anteil um legislative Regelungen, die wiederum durch Bund, Länder und Gemeinden vollzogen werden. Bedeutsame Vorhaben werden im Folgenden beispielhaft dargestellt.

4.1.1 Umwelt und Gesundheit

Ein zentrales Handlungsfeld deutscher Umweltpolitik ist der umweltbezogene Gesundheitsschutz. Unser Ziel ist, für die Gesundheit nachteilige Umwelteinflüsse zu erkennen und zu reduzieren oder ihre Entstehung nach Möglichkeit zu verhindern.

Umweltschutz bedeutet auch, Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit zu untersuchen und zu beobachten, damit bisher unbekannt Belastungsfaktoren erkannt werden. Die gesundheitsbezogene Umweltbeobachtung der Bundesregierung ist hierbei ein wichtiges Instrument. Zu ihr gehört das Human-Biomonitoring, mit dem untersucht wird, welche in der Umwelt vorkommenden Stoffe vom menschlichen

Organismus aufgenommen werden. In einem auf zehn Jahre angelegten Kooperationsprojekt mit dem Verband der Chemischen Industrie entwickeln wir seit 2010 für bis zu 50 gemeinsam ausgewählte Stoffe oder Stoffgruppen neue Analysemethoden, die dann weltweit erstmalig angewendet werden können.

Umweltschutz birgt aber auch Zielkonflikte, die wir uns häufig erst bewusst machen müssen. So darf Energieeinsparung nicht dazu führen, dass unsere Innenraumluft beispielsweise durch Schimmel belastet wird. Innovationen sollten daher auch immer auf mögliche gesundheitliche Folgen hin betrachtet werden.

4.1.2 Klimaschutz

Aktionsprogramm Klimaschutzprogramm 2020

Mit dem Aktionsprogramm will die Bundesregierung sicherstellen, dass Deutschland sein Ziel erreicht, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Das Aktionsprogramm beinhaltet Maßnahmen für eine zusätzliche Minderung von 62 bis 78 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten gegenüber der aktuellen Projektion für 2020. Für die Umsetzung des Aktionsprogramms setzt die Bundesregierung sowohl auf ein regelmäßiges Monitoring mit einem jährlichen Klimaschutzbericht als auch auf die Beteiligung aller Akteure – Länder, Kommunen, gesellschaftliche Gruppen und Verbände. Ein Aktionsbündnis Klimaschutz soll die Umsetzung unterstützen, weitere Potenziale aktivieren und zusätzliche Handlungsmöglichkeiten identifizieren.

4.1.3 Nationale Klimaschutzinitiative

Einen Beitrag zur Erreichung unserer anspruchsvollen Ziele im Klimaschutz leistet die **Nationale Klimaschutzinitiative** des Bundesumweltministeriums. Im Rahmen dieser Initiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen. Finanziert wird die Nationale Klimaschutzinitiative aus dem Bundeshaushalt und zusätzlich aus

dem Sondervermögen Energie- und Klimafonds (EKF). Mit diesem Sondervermögen stehen seit 2012 alle Erlöse aus dem Emissionshandel für den Klimaschutz zur Verfügung. Die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative beinhalten zum Beispiel die Förderung von Klimaschutz in Kommunen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, innovativen Einzelprojekten in den Bereichen Wirtschaft, Verbraucher, Bildung und Kommunen, hocheffizienten kleinen Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen (Mini-KWK) sowie gewerbliche Kälte- und Klimaanlage. Es findet eine kontinuierliche Evaluation der Erfolge dieser Initiative statt. Die kontinuierliche Auswertung der Programme und Projekte zeigt, wie positiv diese für den Klimaschutz wirken und welche weitreichenden Investitionen sie auslösen (vergleiche insoweit www.klimaschutz.de).

4.1.4 Fahrzeugflotte des BMUB

Im Bereich des Klimaschutzes nimmt das BMUB auch bei der Fahrzeugflotte eine Vorreiterrolle ein. Es ist erklärtes Ziel des BMUB, bei der Ersatzbeschaffung für die Fahrzeugflotte den CO₂-Ausstoß als ein wichtiges Auswahlkriterium zu deklarieren. Während der durchschnittliche CO₂-Ausstoß der Fahrzeugflotte des BMUB im März 2007 noch 205 Gramm je Kilometer betrug, konnte der durchschnittliche CO₂-Ausstoß 2014 auf 106 Gramm je Kilometer gesenkt werden. Somit konnte seit 2007 eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von fast 51,7 Prozent (99 Gramm je Kilometer) erreicht werden. Das Flottenportfolio umfasst Diesel-, Diesel-Hybrid- und Elektrofahrzeuge.

4.1.5 Ressourcenschutz und Ressourceneffizienz

Das 2012 von der Bundesregierung verabschiedete **Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess)** wird unter Federführung des BMUB kontinuierlich umgesetzt und weiterentwickelt und dem Bundestag 2016 erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Es werden dazu Dialoge mit allen Interessengruppen zur Verankerung von Ressourceneffizienz auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchgeführt. Mit ProgRess verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Das Programm setzt dabei insbesondere auf Marktanreize, auf Beratung, Bildung, Forschung und Innovation. Beispiele für Maßnahmen sind der Ausbau der Effizienzberatung für kleine und mittlere Unternehmen, die Umsetzung des Leitfadens für nachhaltiges Bauen bei Bundesbauten, die verstärkte Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung an der Nutzung ressourceneffizienter Produkte und Dienstleistungen sowie der Ausbau der Kreislaufwirtschaft zur Senkung des Abfallaufkommens.

4.1.6 Energieeffizienz

Bei der Energieeffizienz möchte das BMUB auch die technologischen Chancen der Nanotechnologie sichtbar machen und nutzen, die eine Verringerung des Energie- und Rohstoffeinsatzes versprechen. Für eine nachhaltige Entwicklung von neuen Technologien ist eine qualitative und wo möglich auch quantitative Darstellung und Auswertung der Chancen und Risiken über den gesamten Lebenszyklus hinweg notwendig. Zur Diskussion dieser Themenfelder wurde der vom BMU 2006 initiierte, breit angelegte Nano-Dialogprozess mit allen gesellschaftlichen Gruppen bis Ende 2010 fortgeführt. Aber auch durch die Förderung energie- und ressourceneffizienter Produkte, durch die Fortentwicklung der weißen Biotechnologien oder neuer Kraftwerkstechnologien erwarten wir einen effizienteren Ressourcenverbrauch.

4.1.7 Informations- und Kommunikationstechnik

Der umweltschonende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) bildet einen weiteren Schwerpunkt des BMUB im Bereich der innovativen Technologien. Das BMUB stellt für den Förderschwerpunkt „IT goes green“ bis zu 25 Millionen Euro aus seinem Umweltinnovationsprogramm für die Förderung innovativer energie- und materialeffizienter IKT-Lösungen bereit. Vorbildliche Beispiele zur Steigerung der Energieeffizienz in Serverräumen und in Rechenzentren enthält darüber hinaus die BMUB-Broschüre „Energieeffiziente Rechenzentren“. Darüber hinaus berät das BMUB Verbraucher und Verantwortliche in der öffentlichen Beschaffung über den Kauf und die Nutzung besonders umweltfreundlicher IKT-Produkte. Die eigenen Verbrauchsdaten und Einsparungen des BMUB finden sich in dieser Umwelterklärung bei den direkten Umweltaspekten dargestellt.

4.1.8 Biologische Vielfalt

Eine grundlegende gesellschafts- und umweltpolitische Aufgabe besteht in der Erhaltung und des Schutzes der biologischen Vielfalt.

Die biologische Vielfalt ist die Basis für eine Vielfalt von Leistungen von Ökosystemen für den Menschen. Die Verantwortung für die biologische Vielfalt liegt nicht nur beim federführenden Bundesumweltministerium. Es ist vielmehr eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Bundesregierung hat im November 2007 eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) beschlossen, die alle biodiversitätsrelevanten Bereiche mit Zielen und Maßnahmen abdeckt. Das für die Strategie federführende BMU hat im Dezember 2007 einen breit angelegten Umsetzungs- und Dialogprozess gestartet, um alle gesellschaftlichen Akteure – ob staatlich oder nicht-staatlich – einzubinden. Der NBS-Indikatorenbericht (2014) und der NBS-Rechenschaftsbericht (Veröffentlichung 2016) machen die Erreichung oder Nichterreichung von Zielen und die Realisierung von Maßnahmen transparent.

Ein gutes Beispiel, wie relevante Akteurguppen aus Politik, Behörden, Verbänden und der Wirtschaft hier zusammenarbeiten und damit ihrer gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung nachkommen, ist die 2013 gegründete Verbändeplattform „Unternehmen biologische Vielfalt 2020“. Auf dieser langfristig angelegten Dialog- und Aktionsplattform engagieren sich BMUB, BfN, Wirtschaftsverbände und Naturschutzorganisationen für eine Trendwende beim Verlust der biologischen Vielfalt. Unterstützer sind unter anderem der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), „Biodiversity in Good Company“, econsense, Global Nature Fund, Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) und World Wildlife Fund (WWF) Deutschland. Weitere Informationen unter: www.biologischevielfalt.de

4.1.9 Städtebauförderung

Die Städtebauförderung des Bundes und der Länder unterstützt Investitionen in die Infrastruktur in den

Städten und Gemeinden. Förderprogramme erstrecken sich etwa auf Themen wie die soziale Stadt, Stadtumbau Ost und West, aktive Stadt- und Ortszentren, städtebaulichen Denkmalschutz oder städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Zur Erreichung der jeweiligen stadtentwicklungspolitischen Ziele vor Ort sowie zur Sicherung eines nachhaltigen Einsatzes der öffentlichen Gelder verfolgen und nutzen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam eine Vielzahl von Ansätzen beziehungsweise Instrumenten. Die Erstellung Integrierter Städtebaulicher Entwicklungskonzepte (ISEK) nutzt verschiedene Indikatoren, darunter auch Umweltindikatoren wie etwa Lärm oder Grünanteil und ist nicht nur Förderbedingung der Städtebauförderung des Bundes und der Länder. ISEKs dienen wegen ihres konkreten Gebietsbezugs und hohen lokalen Abstimmungsgrades – einschließlich Bürgerbeteiligung – als langfristig wirksame Planungsgrundlagen der Stadtentwicklung. Das BMUB hat zusammen mit den für die Städtebauförderung zuständigen Landesministerien und den kommunalen Spitzenverbänden Arbeitshilfen erarbeitet, in denen jeweilige länderspezifische Vorgaben berücksichtigt wurden. Gemäß Artikel 104 b Absatz 3 Grundgesetz sind Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf Verlangen über die Durchführung der geförderten Maßnahmen und die erzielten Verbesserungen zu informieren. Zudem leisten Evaluierungen wesentliche Beiträge zur Weiterentwicklung der Städtebauförderprogramme und deren Umsetzung vor Ort. Ein wichtiges Instrument künftiger Evaluierungen ist ein aussagekräftiges städtebauliches Monitoring für die Programmgebiete der Städtebauförderung. Das jährliche Monitoring umfasst

Abbildung 4: Bewertung der indirekten Umweltaspekte



unter anderem In- und Outputdaten sowie Indikatoren/ Kontextinformationen zur kommunalen Entwicklung. Dafür werden Daten erhoben, die darstellen, was konkret durch den Einsatz von Städtebaufördermitteln erreicht wurde und welche Veränderungen für den Stadtraum, das Quartier beobachtet wurden (zum Beispiel Erhebung durchgeführter Gebäudesanierungen, Flächensanierungen, Grünflächen und so weiter). Die Programme der Städtebauförderung sind ausdrücklich als „lernende“ Programme ausgelegt, so dass gewonnene Erkenntnisse direkt in die Weiterentwicklung einfließen.“

4.1.10 Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit

Die Durchführung von Veranstaltungen und die Information der Öffentlichkeit zu allen Fragen des Umweltschutzes sind wichtige Tätigkeitsbereiche im BMUB.

Die Durchführung von Veranstaltungen hat immer auch Auswirkungen auf die Umwelt, sei es durch die Reisen der Teilnehmer dieser Veranstaltungen oder durch die Nutzung von Einrichtungen und Geräten oder das Catering. Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist wesentlich durch die Herstellung und Verbreitung von Broschüren bestimmt. In beiden Bereichen wollen wir unser Handeln so umweltverträglich und nachhaltig wie möglich ausgestalten. Unser Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen, der seit einigen Jahren ein Leitfaden der Bundesregierung ist, dient uns als Richtschnur für den Umgang mit Wasser und Abfall, für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen, Mobilität und andere Umweltaspekte. Unser Ziel ist es, dass dieser Leitfaden von allen Bundesressorts angewandt wird. Er stellt ein Handlungsfeld im Rahmen des „Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit“ der Bundesregierung vom Dezember 2010 dar, welches im März 2015 fortgeschrieben wurde.

Weitergehend haben wir bereits 2008 bei der neunten Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in Bonn erstmals eine internationale Großveranstaltung zu einem Umweltthema nach EMAS zertifiziert und einen Leitfaden zur Einführung eines Energie- und Umweltmanagements bei Großveranstaltungen erarbeitet. Bei der Planung von Großveranstaltungen im BMUB einschließlich entsprechender Vergabemaßnahmen sollen künftig EMAS-Kriterien angewendet werden.

Unser Broschürenmanagement bezieht sich auf die Auswahl umweltgerecht arbeitender beziehungsweise

zertifizierter Druckereien, die möglichst weitgehende Verwendung von Papier mit dem Umweltzeichen Blauer Engel und die Verteilwege dieser Broschüren. Bei der Bestimmung der Auflagenhöhe von Broschüren treffen wir jeweils eine Abwägung dahingehend, ob der Adressatenkreis auf Druckexemplare angewiesen ist oder auch mit elektronischen Ausgaben dieser Broschüren erreicht werden kann.

4.1.11 Bürgerbeteiligung und Bürgerdialoge

In der Umweltpolitik sind regelmäßig Entscheidungen zu treffen, die unterschiedlichste Interessen berühren und sich oft erheblich auf die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Deshalb gewinnt das Instrument der Bürgerbeteiligung nebst konkreten Projekten hierzu auch für das BMUB erheblich an Bedeutung. Wo Abläufe und Entscheidungen vollständig offengelegt werden und Transparenz geschaffen wird, entsteht Vertrauen. Das BMUB sowie das Umweltbundesamt betreiben zum einen verschiedene Forschungsprojekte im Bereich Bürgerbeteiligung. So wird die Wirksamkeit der Methoden, Verfahren und Best-Practice-Beispiele der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Projekten, Plänen und Programmen untersucht. Um Best Practice zu verbreiten und hochwertige Methoden zu etablieren, werden Beteiligungsverfahren evaluiert. Dabei tauschen Zulassungsbehörden, Planungs- und Projektträger sowie Umweltverbände ihre Erfahrungen aus.

Das BMUB veröffentlicht zum anderen Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen auf seiner Website, in aller Regel parallel zur Verbände- und Länderbeteiligung. Somit erhalten Bürgerinnen und Bürger von geplanten Rechtsetzungsmaßnahmen frühzeitig Kenntnis. Darüber hinaus führt das BMUB zu übergreifenden Grundsatzfragen eigene Bürgerdialoge durch, um Meinungen, Ideen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürger einzuholen und entsprechend in die weitere Arbeit einfließen zu lassen. Es werden zum Beispiel für die Fortschreibung des Berichtes zum Deutschen Ressourceneffizienzprogramm ProgRess II und für die Erarbeitung des Klimaschutzplans 2050 Bürgerbeteiligungsprozesse durchgeführt. Zudem beteiligt sich das BMUB an dem weltweiten Bürgerbeteiligungsprozess „World Wide Views on Climate and Energy“ im Zusammenhang mit der Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UN) Weltklimagipfel 2015 (COP 21).

Die Maßnahmen des BMUB stehen außerdem im Einklang mit der Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag, dass die Beteiligung der Bevölkerung an umweltpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen gestärkt und dass im Bereich der Stadtentwicklung

die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure ausgebaut werden soll.

4.1.12 EMAS als Instrument der Umweltpolitik

Das BMUB unterstützt die weltweite Anwendung und weitere Verbreitung der am 11. Januar 2010 in Kraft getretenen **Novelle der EMAS-Verordnung** (EMAS III), das Umweltauditgesetz nebst untergeordnetem Regelwerk wurde dementsprechend 2011/2012 angepasst. Damit konnten die ersten deutschen Umweltgutachterzulassungen für nicht europäische Staaten vorgenommen und die ersten EMAS-Registrierungen außereuropäischer Standorte in Deutschland erfolgen. Jährliche Workshops mit interessierten Regierungs- und Wirtschaftsvertretern außereuropäischer Staaten tragen dazu bei, den Bekanntheitsgrad von EMAS weltweit zu erhöhen und Teilnahmeinteresse zu wecken. Bei dem von der EU-Kommission eingerichteten „EMAS-Helpdesk“, der seit dem 1. Januar 2010 gemeinsam von einem deutschen und französischen Unternehmen betrieben wird (siehe www.ec.europa.eu/environment/emas/index_en.htm), werden regelmäßig in englischer Sprache Berichte über Aktivitäten in Deutschland und über deutsche EMAS-Unternehmen eingestellt und sind öffentlich zugänglich. Im April 2013 wurde eine gemeinsame EMAS-Fachkonferenz des Bundesumweltministeriums, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Umweltgutachterausschusses und der Deutschen Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Umweltgutachter (DAU) mbH durchgeführt. Im Dezember 2014 fand wiederum eine Würdigung deutscher innovativer EMAS-Unternehmen durch die Bundesumweltministerin und ein Fachgespräch mit diesen Unternehmen statt.

4.1.13 EMAS in anderen Politikbereichen

Die Berücksichtigung von **EMAS in anderen Politikbereichen** spielt eine wichtige Rolle bei den indirekten Umweltaspekten und ist geeignet, Anreize für eine EMAS-Teilnahme zu setzen sowie den Bekanntheitsgrad des Systems zu erhöhen. Umweltrechtliche Rechtsvorschriften sollten daher zum einen die Leistungen von EMAS-Teilnehmern angemessen berücksichtigen und zum anderen eine Tätigkeit der zugelassenen Umweltgutachter auch über den engen Bereich von EMAS hinaus ermöglichen. Wünschenswert ist es, Umweltgutachter als private Sachverständige stärker in den behördlichen Vollzug einzubinden. Da die

Umweltgutachter einer hoheitlichen Aufsicht unterliegen, kommen sie – jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich – in besonderer Weise hierfür in Betracht. Gegenwärtige Erleichterungen für EMAS-Unternehmen bestehen vor allem in den Bereichen der Energieeffizienz und des Energiemanagements.

Stromkostenintensiven EMAS-Unternehmen des produzierenden Gewerbes wird auf Antrag eine Begrenzung der abzunehmenden EEG-Strommenge nach §§ 63 ff des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I Seite 1066, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I Seite 2406) gewährt (EEG-Ausgleichsregelung).

Eine EMAS-Registrierung ermöglicht nach dem Energiesteuer- und dem Stromsteuergesetz eine Entlastung von der Energiesteuer oder Stromsteuer, den so genannten Spitzenausgleich. Das Nachweisverfahren ist in der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung – SpaEfV vom 31. Juli 2013 (BGBl. I Seite 2858, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 31. Oktober 2014 [BGBl. I Seite 1656]) – geregelt.

In der Energieeffizienzrichtlinie der 2012/27/EU vom 25. Oktober 2012 sind große Unternehmen von der Pflicht zur Durchführung von Energieaudits befreit, die über ein zertifiziertes Energie- oder Umweltmanagementsystem verfügen, das die entsprechenden Anforderungen erfüllt. Entsprechende Änderungen des deutschen Energiedienstleistungsgesetzes werden 2015 in Kraft treten. EMAS-Unternehmen werden den entsprechenden Nachweis eines Energiemanagementsystems mit ihrer Registrierungsurkunde erbringen.

Die Verordnung zum Schutz des Klimas vor Veränderungen durch den Eintrag bestimmter fluorierter Treibhausgase (**Chemikalien-Klimaschutzverordnung – Chem-Klimaschutz V**) vom 2. Juli 2008 sieht vor, dass EMAS-Betriebe, die Kälte-, Klima- und sonstige Anlagen im Sinne der Verordnung installieren, warten oder instand halten, als zertifiziert gelten, wenn sich die nach der Verordnung notwendigen Angaben, insbesondere zur Sachkunde und technischen Ausstattung, aus der Umwelterklärung oder dem Bericht über die Umweltbetriebsprüfung ergeben. 2009/2010 hat das BMUB gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag jeweils eine Studie zu Vollzugsfragen mitfinanziert und damit einen wesentlichen Beitrag zum Vollzug durch die zuständigen Stellen geleistet.

4.2 Indirekte Umweltaspekte – Ziele und Maßnahmen

Die übergeordneten Ziele für den Validierungszeitraum 2009 bis 2012 werden fortgeschrieben und um neue Ziele für den kommenden Validierungszeitraum bis 2018 und darüber hinaus ergänzt.

Tabelle 2: Ziele für den Bereich indirekte Umweltaspekte

Bereich	Ziele	Maßnahmen	Kriterium zur Erfolgskontrolle	Stand
Veranstaltungsmanagement	Nutzung des Leitfadens für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen durch alle Bundesministerien (einschließlich der nachgeordneten Bundesbehörden), Prüfung der Einführung von EMAS bei Großveranstaltungen des BMUB	Nutzung bei BMUB-Veranstaltungen, Bekanntmachung im Ressortkreis	Evaluierung im Rahmen des „Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit“ der Bundesregierung	Das Bundespresseamt (BPA) hat die Ressorts 2012 erneut über den Leitfaden informiert. Bis auf ein Ressort (das den Leitfaden aber künftig anwenden will) geben alle Ressorts an, den Leitfaden/Teile des Leitfadens bereits anzuwenden beziehungsweise ihn an die entsprechenden Stellen/Agenturen zur Beachtung weitergeleitet zu haben. Als Großveranstaltung des BMU (alt) wurde bislang die CBD-Konferenz (Convention on Biological Diversity [Biodiversitäts-Konvention]) 2008 EMAS-registriert. Bei weiteren Großveranstaltungen wird dies jeweils geprüft. Aktualisierung des Leitfadens Frühjahr 2015.
Broschürenmanagement	Beauftragung von umweltgerecht arbeitenden/zertifizierten Druckereien	Kontinuierlich im Rahmen der Auftragsvergabe	Abfrage im Rahmen des „Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit“ der Bundesregierung	Rahmenverträge der Bundesregierung (BReg) für Standard-Printprodukte, 2012 neu vergeben, werden vom BMUB für Printprodukte genutzt: Die Rahmenvertrags-Druckereien sind teils EMAS-, teils FSC (Forest Stewardship Council)- und/oder PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes)-zertifiziert. Das BMUB verwendet grundsätzlich Recycling-Papier – entsprechend dem BMUB-Corporate-Design-Manual für Publikationen. Auch bei sonstigen BMUB-Auftragsvergaben für Print-Produkte ist durch das einheitlich anzuwendende BMUB-Corporate-Design-Manual grundsätzlich sichergestellt, dass Recycling-Papier verwendet wird.
Dienstreisen	Nutzung EMAS- und sonstiger umweltzertifizierter Hotels für Dienstreisen von Bundesbediensteten	Fortschreibung des Hotelverzeichnisses anhand des EMAS-Registers und anderer Umweltzertifizierungen	Stichprobenweise Erhebung der Nutzung umweltzertifizierter Hotels bei Dienstreisen ab 2015/2016	Das Bundesverwaltungsamt hat im Hotelverzeichnis eine gesonderte Spalte mit dem Hinweis auf zertifizierte Hotels aufgenommen. Jährlich erfolgt eine Überarbeitung und Ergänzung. Die der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Belegungskontingente in den zertifizierten Häusern in Bonn und Berlin werden ausgeschöpft. Im Travelmanagement Service (TMS) des Bundes sind EMAS-registrierte und andere umweltzertifizierte Hotels bei dem Anbieter HRS gekennzeichnet.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 2: Ziele für den Bereich indirekte Umweltaspekte

Bereich	Ziele	Maßnahmen	Kriterium zur Erfolgskontrolle	Stand
EMAS-Novelle (EMAS IV)	Anliegen der Unternehmen und Organisationen berücksichtigen: stärkere Sichtbarkeit der Umweltleistung der Unternehmen; Erleichterungen, insbesondere für kleine Unternehmen	Information der Unternehmen über die Neuerungen, über aktuelle Entwicklungen mittels Veranstaltungen und Broschüren	EMAS-Teilnahmezahlen, Nachfrage nach Umwelterklärungen, Umfang der Privilegierungsregelungen	Fachgespräche mit deutschen Bewerbern um den europäischen EMAS-Award und Urkundenverleihung, EMAS-Konferenzen im Mehrjahresrhythmus
EMAS generell	Hervorhebung der Alleinstellungsmerkmale	In Broschüren des BMUB, UBA und Umweltgutachterausschusses, laufend	unter anderem jährliche Anzahl von Veröffentlichungen mit EMAS-Bezug	2012: Broschüre des BMU (alt) zu Umweltmanagementsystemen als Werkzeug nachhaltigen Verwaltungshandelns mit Hervorhebung der Alleinstellungsmerkmale von EMAS sowie Leitfaden zu ISO (International Organization for Standardization) 50001; Leitfaden des UGA für Umweltmanagementbeauftragte; Neuauflage der Förderbroschüre des UGA; neue Broschüre zur Logoverwendung, BMUB/UGA-Broschüre zu EMAS-Kennzahlen 2013, BMUB-Broschüre zu EMAS/ISO 26000 2014
Verankerung von EMAS in anderen Politikbereichen	Berücksichtigung von EMAS in anderen Umweltrechtsvorschriften, Erleichterungen für EMAS-Teilnehmer	Laufende Prüfung von Arbeitsentwürfen des BMUB und anderer Ressorts, ob EMAS in geeigneten Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden kann	unter anderem durch Beobachtung der Entwicklung der EMAS-Teilnahmezahlen	Zuletzt in der Spitzensteuerausgleichsverordnung vom Juli 2013 und den Änderungen des Energiedienstleistungsgesetzes 2015
Signifikante Erhöhung der EMAS-Teilnahmezahlen in Deutschland	Steigerung der Anzahl der Eintragungen im EMAS-Register im Vergleich zu 2005 a) in Deutschland mindestens 2.000 Organisationen b) in der EU	Maßnahmen: verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des BMUB und der Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses; Nutzung des EMAS-Logos auf BMUB-Briefkopf und im Impressum von Broschüren sowie in Pressemitteilungen mit Bezug zu EMAS-Unternehmen. Das gleiche wird für den nachgeordneten EMAS-registrierten Bereich angestrebt.	Teilnahmezahlen zu a) 1.933 deutsche EMAS-Standorte Ende Februar 2014 zu b) EU-weit 10.447 Standorte Ende Dezember 2014	EMAS-Logo auf BMUB-Briefkopf wird verstärkt genutzt, ebenso stärkere Nutzung in BMUB-Broschüren

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 2: Ziele für den Bereich indirekte Umweltaspekte

Bereich	Ziele	Maßnahmen	Kriterium zur Erfolgskontrolle	Stand
Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung: Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit der Bundesregierung	Einführung von EMAS und/oder eines Energie- und Ressourcenmanagements in der Bundesregierung	Durchführung eines Pilotvorhabens EMAS in Bundesbehörden 2011/2012, 2014 Behördenworkshop, Leitfaden für EMAS in Behörden 2015	Evaluierungen und Fortschrittsberichte zum Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit	BMUB Berlin und die Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB) haben die EMAS-Einführung 2012 beziehungsweise 2013 abgeschlossen, die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2014. Die BIMA hat ein eigenes Energie- und Umweltmanagementkonzept für die zivilen Liegenschaften des Bundes vorgelegt. Dieses beinhaltet den Aufbau von organisatorischen Strukturen für ein systematisches Energiemanagement (insbesondere eine neue Energiezählerstruktur, Prüfung der Contracting-Eignung von Bundesliegenschaften auf Basis eines Eckpunktepapiers Energieeffizienz und die Einrichtung eines zentralen Energieeinkaufs).
Energieeffizienz/Nanotechnologie	Förderung der Energieeffizienz durch Nanotechnologie	Dialogforen mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zum Thema: „Energieeffizienz und Nanotechnologie“ Förderung von Pilotvorhaben im BMUB Projekte der Bundesstiftung Umwelt (DBU)	Nachweis über eingeleitete Maßnahmen	Pilotprojekte
Indirekte Umweltaspekte im BMUB	Differenziertere Bewertung der indirekten Umweltaspekte im BMUB, bezogen auf Gesetzgebung und Fördermaßnahmen	Auf Leitungsebene prüfen, ob und wie ein entsprechendes Monitoringsystem im BMUB eingerichtet werden kann	Schaffung eines optimierten Monitoringsystems für eine Koordination der Bewertung der indirekten Umweltaspekte	Prüfung einzelner Gesetzgebungs- und Fördermaßnahmen anhand eines Musters ist erfolgt; Rechtsetzung: Evaluierung neuer Regelungsvorhaben gemäß Arbeitsprogramm bessere Rechtsetzung der BReg vom 28. März 2012, Ziffer II. 3, in Verbindung mit dem Beschluss des Staatssekretärsausschusses Bürokratieabbau vom 23. Januar 2013

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

4.3 Direkte Umweltaspekte im BMUB

Im Zeitraum 2009 bis 2013 hat die Bundesverwaltung zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht und umgesetzt um – basierend auf einem Beschluss des Rats der Informationstechnik-Beauftragten (IT-Rat) – den Energieverbrauch des Bundes innerhalb dieser fünf Jahre um 40 Prozent zu senken.

Unter Berücksichtigung der Leistungssteigerung der IT von 2,2 Prozent pro Jahr konnte dieses Ziel bis Ende 2013 nicht nur erreicht, sondern mit einer Einsparung von 48 Prozent sogar deutlich übertroffen werden.

Ende 2013 hat der IT-Rat eine Fortsetzung der Initiative für vier Jahre beschlossen. Der Beschluss dokumentiert den Willen der Bundesregierung, Green-IT als Daueraufgabe auf Bundesebene zu etablieren und zu standardisieren, und er gibt ein klares Signal, dass Green-IT mehr ist, als „den Stromverbrauch zu senken“. So werden insbesondere die Themen Materialreduktion und Ressourcenschonung und damit der potenzielle Beitrag der Green-IT zur Nachhaltigkeit in den Fokus gerückt.

Das BMUB hat den Auftrag erhalten, die Initiative „Green-IT 2014 bis 2017“ als Fortführung und mit Ergänzungen zu den bisherigen Aktivitäten bundesweit zu steuern. Der Auftrag des IT-Rats konnte 2014 konkretisiert werden. Darauf aufbauend werden nun in den Jahren 2015 bis 2017 drei Schwerpunktthemen wie folgt verstanden und angegangen.

4.3.1 Konsolidierung des Zielwertes

Der 2008/2009 definierte Zielwert bezüglich des Energieverbrauchs der Bundesverwaltung in Höhe von 390 Gigawattstunden wird als Zielwert/Basiswert bestätigt und festgelegt. Dieser Wert stellt damit eine Verbrauchsobergrenze dar. Die Herausforderung besteht darin, diesen Wert – trotz stetig steigender Anforderungen an die IT, insbesondere in Umsetzung von Vorgaben des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (eGovG) – bis Ende 2017 zu halten. Dazu müssen weitere Potenziale zur Energieeinsparung identifiziert und ausgeschöpft werden. Unter Federführung des BMUB werden themenspezifische Workshops als Hilfestellung bei der Lösungsfindung angeboten. Zudem werden die bis dato angebotenen Handreichungen und Empfehlungen aktualisiert und ergänzt.

Ein besonderes Ziel ist, den Anteil „kontinuierlicher Messungen“ zu steigern. Zum einen wird dadurch die Messgenauigkeit erhöht, zum anderen entlasten integrierte Messsysteme das IT-Personal von aufwendigen Modellrechnungen; diese Entlastung soll dazu beitragen, dass Green-IT nicht als „Belastung“ empfunden wird.

Um die Wirkung der Maßnahmen zu dokumentieren, wird das Berichtswesen unter Leitung des BMUB bis einschließlich 2017 fortgeführt und dem IT-Rat jährlich berichtet.

4.3.2 Grüne Beschaffung

Zukünftig sollen bei der Beschaffung von IT-Produkten die Kriterien der Nutzungsdauer, Materialreduktion und Ressourcenschonung verstärkt Anwendung finden. In Kooperation zwischen dem BMUB, dem UBA und dem Beschaffungsamt (BSchA) des Bundesministeriums des Inneren (BMI) werden gemeinsam konkrete Vorgaben erarbeitet. Diese sollen es der Bundesverwaltung und speziell den Beschaffungsstellen ermöglichen, über entsprechende Auszeichnungen von IT-Produkten in Rahmenverträgen gezielt „Grüne IT-Produkte“ auswählen zu können. Dazu werden im Jahr 2015 in Kooperation mit BMI und BeschA schrittweise – beginnend bei Rahmenverträgen für Geräte am Arbeitsplatz – umweltfreundliche Produkte entsprechend gekennzeichnet. Nach einer Erprobungsphase wird dieses Vorgehen für alle zukünftigen neuen Rahmenverträge etabliert.

4.3.3 Umsetzung Blauer Engel für Rechenzentren der Bundesverwaltung

Im Beschluss für die Fortsetzung der Initiative hat sich die Bundesverwaltung darauf verständigt, dass für Fälle, in denen Energie- und Ressourceneffizienz eines Rechenzentrums bewertet werden sollen, grundsätzlich die Kriterien des „Blauen Engels für einen energiebewussten Rechenzentrumsbetrieb“ anzuwenden sind. Damit ist ein weiterer Standard in Angelegenheiten der Green-IT gesetzt worden.

Zur Unterstützung der Bundesbehörden wird aktuell von der Geschäftsstelle Green-IT das Berichtswesen um den Punkt „Blauer Engel“ ergänzt. Damit wird es den Behörden ermöglicht, in Form eines einfachen Quicktests schnell und gezielt den jeweiligen Umsetzungsstand ihres Rechenzentrums zu den Kriterien des Blauen Engels festzustellen.

Im Zuge der Unterstützung der Bundesbehörden plant das BMUB gezielte Workshops zum Thema Zertifizierung von Bundesrechenzentren nach den Kriterien des Blauen Engels. In Abstimmung mit dem UBA und der

Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV) findet dazu im Mai 2015 ein erster Workshop statt. Des- sen Inhalte dienen den Behörden dazu, die Zertifizie- rung ihrer Rechenzentren konkret anzugehen.

Das BMUB wird als eine der ersten Behörden die Zer- tifizierung seiner beiden Rechenzentren in Berlin und Bonn nach den Kriterien des Blauen Engels im Jahr 2016 abschließen. Mit den notwendigen Vorarbeiten wurde bereits begonnen.

4.3.4 Weitere im Jahr 2015 geplante Green-IT-Maßnahmen des BMUB

Im Jahr 2012 hat die IT des BMUB begonnen, den Ein- satz von virtualisierten Desktop-PC (Thin-Clients) an ausgewählten Arbeitsplätzen zu testen. Der Test wurde im Jahr 2014 erfolgreich abgeschlossen. Für das Jahr 2015 ist der Austausch aller PC gegen Thin-Clients im BMUB flächendeckend geplant. Damit wird der IT- Energieverbrauch des BMUB zukünftig signifikant re- duziert. Gleichzeitig erfolgt der Austausch alter 19-Zoll- Monitore gegen neue, umweltfreundliche Geräte. Mit der Planung eines neuen Druckerkonzeptes für das BMUB wird im Jahr 2015 begonnen. Dessen Umset- zung ist im Jahr 2016 geplant. Es ist das Ziel, die Anzahl der Arbeitsplatzdrucker zu Gunsten des Einsatzes von „Gruppendruckern“ zu reduzieren.

Das BMUB beteiligt sich intensiv – speziell auch orien- tiert an den Ergebnissen der eigenen Projekte – daran, Erfahrungen im Rahmen von Veranstaltungen (zum Beispiel CeBIT, BAkÖV-Forum, Green-IT-Tag der Bun- desverwaltung) und Printmedien (zum Beispiel Presse- beiträge, Studien, Flyer, Poster) zu kommunizieren.

4.3.5 Reduzierung von CO₂-Emissionen durch Bezug von Ökostrom

Das Bundesumwelt- und Bauministerium sowie alle drei Behörden in seinem Geschäftsbereich (BMU-alt) beziehen seit dem 1. Januar 2004 Ökostrom.

Im Zeitraum von 2004 bis 2014 wurden allein am Standort RSP bei einem Gesamtverbrauch von 40.599.979 Kilowattstunden, im Vergleich zu einem sonstigen Strom-Mix (0,613 Kilogramm je Kilowatt- stunde) **insgesamt 24.887.787 Kilogramm CO₂ eingespart**, unter der Annahme, dass der Ökostrom CO₂- neutral produziert wird.

Die Bundesregierung hatte schon 2005 (Bundestags- Drucksache [BT-DS] 15/5424) auf die Einführung einer „Arbeitshilfe“ hingewiesen, die eine einheitliche Linie bei künftigen Ausschreibungen von Ökostrom in ihren Ressorts vorgeben wird.

Das Bundesumweltministerium (alt) legte im Septem- ber 2006 (www.bmub.bund.de/N6396) darauf eine sol- che Arbeitshilfe für eine europaweite Ausschreibung im offenen Verfahren für die Beschaffung von Ökostrom vor. Diese erläutert ausführlich die vergaberechtlichen und fachlichen Grundlagen einer entsprechenden Ver- gabe und deren Umsetzung in die Praxis. Die Erfahrun- gen der Ausschreibungen des BMU (alt) seit 2003 haben gezeigt, dass der Bezug von Ökostrom zu einem wichtigen Faktor bei der Erreichung der Selbstverpflichtungsziele des Nationalen Klimaschutzprogramms geworden ist.

Abbildung 5: Bewertung der direkten Umweltaspekte



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

4.4 Direkte Umweltaspekte – Ziele und Maßnahmen

Die übergeordneten Ziele für den Validierungszeitraum 2012 bis 2015 werden grundsätzlich fortgeschrieben, um neue Ziele für den kommenden Validierungszeitraum bis 2018 ergänzt und gelten für alle Standorte. Die Maßnahmen zur Zielerreichung werden im jeweils standortsbezogenen Umweltprogramm festgelegt:

Tabelle 3: Übergeordnete Ziele der direkten Umweltaspekte für den Validierungszeitraum 2012 bis 2015

Bereich	Ziele und Zielerreichung (ZE)
Energie/Emissionen	<p>Reduzierung der Lastspitzen auf einen Wert von weniger als 1.000 Kilowatt orientiert sich am höchsten Wert der drei Standorte (RSP).</p> <p>ZE: In der Tabelle Input Energie/Energieeffizienz wird die Entwicklung dargestellt. Danach ist eine kontinuierliche Reduzierung zu verzeichnen.</p> <p>Weitere Reduzierung des Stromverbrauchs</p> <p>ZE: Für die Jahre 2010, 2011 und 2013 trifft dies auch für den Stromverbrauch RSP zu. 2012 ist dort ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen. An den beiden Berliner Standorten wird anhand der dargestellten Entwicklung ein positiver Trend deutlich.</p>
Wasser	<p>Reduzierung des Wasserverbrauchs auf circa 30 Liter je Mitarbeiterin und Mitarbeiter pro Arbeitstag</p> <p>ZE: In der Tabelle Kennwert Wasser RSP wird die positive Entwicklung deutlich. Der positive Trend gilt auch für die Berliner Standorte.</p>
Büromaterialien	<p>Reduzierung des Papierverbrauchs um fünf Prozent im Vergleich zum Verbrauch des Jahres 2008, sofern nicht wie im Jahr 2009 durch Einzelfälle ein außergewöhnlicher Papierverbrauch erforderlich wird.</p> <p>ZE: Die Tabelle Input Betriebsmittel verdeutlicht die Ressourcenreduzierung in den zurückliegenden Jahren.</p>
Dienstreisen	<p>Reduzierung der Emissionen im innerdeutschen Bereich durch Erhöhung des Anteils der Bahnreisen und Klimaneutralität von Bahnreisen</p> <p>ZE: Die Tabelle Verbrauchsdaten Dienstreisen belegt einen leichten Anstieg an dienstlichen Bahnreisen. Alle Dienstreisen der Bundesregierung mit der Deutschen Bahn werden nur noch als CO₂-freie Fahrten gebucht. Der Strombedarf für die Fahrten wird vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt.</p> <p>Berücksichtigung von EMAS oder nach ISO 14001 zertifizierten Hotels</p> <p>ZE: Die Kontingente der Bundesregierung in den im Hotelverzeichnis des Bundesverwaltungsamtes ausgewiesenen, zertifizierten Hotels in Berlin und Bonn werden genutzt.</p>
Dienst-Kraftfahrzeuge	<p>Beschaffung von Dienst-Kraftfahrzeugen mit geringerem CO₂-Ausstoß und schrittweiser Einsatz von Elektrofahrzeugen, wenn die Flottentauglichkeit gewährleistet ist.</p> <p>ZE: Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der Fahrzeugflotte wurde kontinuierlich umgesetzt (derzeit im Durchschnitt 106 Gramm je Kilometer).</p>

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

5

Beschreibungen der Standorte

5.1 Robert-Schuman-Platz 3 (RSP)
in Bonn

Der Bonner Dienstsitz befindet sich seit dem Jahr 2003 in der bundeseigenen Liegenschaft Robert-Schuman-Platz 3. Das Objekt wurde im Jahr 1987 durch das ehemalige Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen als erster Nutzer bezogen. Es handelt sich um einen dreiachsigen Bürobau mit den Bauteilen A, B und C, die drei- bis sechsgeschossig ausgebildet sind.

Das Dach des Hauptgebäudes wurde 2014 auf einer Fläche von 5.700 Quadratmetern begrünt. Angepasst an die Dachkonstruktion besteht die Dachbegrünung auf einer Fläche von circa 4.600 Quadratmetern aus niedrig wachsenden, in unterschiedlichen Farben blühenden Sedumpflanzen. Zusätzlich ist auf 1.000 Quadratmetern ein Kräutergarten angelegt, da auf dieser Fläche höher wachsende Bepflanzung möglich ist. Hier wurden Färberkamille, Feldthymian und Wiesenmargerite angepflanzt. Durch diese Pflanzenmischung auf dem Gründach wird ein breiteres Insektenspektrum angezogen, das Nahrung und Lebensraum findet.

Ansonsten haben sich seit der Umwelterklärung 2006 keine wesentlichen Änderungen am Standort Robert-Schuman-Platz ergeben. Bei der Kennzahlenermittlung wurden die Beschäftigtenzahlen entsprechend berücksichtigt.

Die Grundstücksgröße der gesamten Liegenschaft beträgt 51.190 Quadratmeter. Davon wurden für das Hauptgebäude 11.600 Quadratmeter, davon 5.700 Quadratmeter Gründach, und für die Pavillons I und II 3.463 Quadratmeter, mithin insgesamt 15.063 Quadratmetern, bebaut.

Kernindikator Bereich biologische Vielfalt –
„Flächennutzung“:

9.363 Quadratmeter bei 1.328 Beschäftigten entsprechen 7,05 Quadratmetern netto bebauter Fläche je Beschäftigten.

Die Freiflächen der Liegenschaft wurden im nördlichen, östlichen und westlichen Gelände so gestaltet, dass leicht modellierte Rasenflächen in Wiesenflächen übergehen, die mit heimischen Sträuchern und Bäumen umsäumt sind. Ein Teil der Wiesenflächen wird als „wilde Wiese“ gepflegt, die nur im Frühjahr und Herbst gemäht wird. Außerdem wurden im gesamten Gelände mehrere Nisthilfen und Insektenhotels angebracht.

Der Innenhof des Gebäudes wurde nach einem gestalterischen Gesamtkonzept („Japanischer Garten“) intensiv gestaltet. Hier brüten im Böschungsbereich der Wasserflächen Graugänse aus dem angrenzenden Rheinpark. Änderungen der Anlage sind mit dem ursprünglichen Gartenarchitekten abzustimmen.

Im Gebäude sind neben den Räumlichkeiten für die Leitung und Pendlerzimmer für Kolleginnen und Kollegen des Berliner Dienstsitzes insbesondere die Abteilungen Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung (RS), Wasserwirtschaft, Ressourcenschutz (WR), Umwelt und Gesundheit, Immissionsschutz, Anlagensicherheit und Verkehr, Chemikaliensicherheit (IG) und Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung (N), die Unterabteilung I der Zentralabteilung (Z I), Teile der Unterabteilung Z II (Förderangelegenheiten, Strukturfonds), der Abteilungen Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Bauen (SW), Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten(B) und die Personalvertretungen mit 726 Beschäftigten untergebracht.

Die weiteren Nutzer im Hauptgebäude aus dem Geschäftsbereich des BMUB – die Kommissionen für Reaktorsicherheit (RSK), Strahlenschutz (SSK) und der Messnetzknoten mit 35 Beschäftigten. Die Museumsstiftung für Post und Telekommunikation (MusSt PT) mit sechs Beschäftigten und die vorübergehend untergebrachte internationale Einrichtung IRENA (The International Renewable Energy Agency) mit

25 Beschäftigten sind nicht in die Validierung einbezogen; das Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) mit 536 Beschäftigten wurde 2015 erstmals revalidiert. Im Hauptgebäude waren 2014 somit insgesamt 1.328 Beschäftigte untergebracht.

Die auf der Liegenschaft befindlichen Pavillons wurden 2014 durch das Streitkräfteamt der Bundeswehr mit 80 und das BMUB mit 19 Beschäftigten genutzt. Die Pavillons sind nicht in die Validierung einbezogen.

5.2 Stresemannstraße 128 bis 130 (STR) in Berlin



In dem Ende Juni 2011 bezogenen Berliner Dienstsitz in der STR sind neben der Leitung – Minister, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretär – auch die Stäbe (Leitungsstab und Kommunikationsstab), Pendlerzimmer der Kolleginnen und Kollegen des Bonner Dienstsitzes einschließlich der Personalvertretungen und die Unterabteilungen Z II, Abteilung G, Teile von Referaten der Unterabteilung Z I sowie Zimmer für Praktikanten/Referendare und Dienstleister mit insgesamt 254 Beschäftigten untergebracht.

Die Liegenschaft besteht aus einem repräsentativen Neubau im Passivhaus-Standard und einem Altbau, der, sorgsam restauriert und generalsaniert, als attraktives Kulturdenkmal und Niedrigenergiehaus erlebt werden kann.

Die Ansprüche beim Bau des neuen Dienstgebäudes waren von Anfang an sehr ambitioniert. Der neue Dienstsitz sollte hinsichtlich Energiemanagement und Ressourcenverbrauch, aber auch beim Einsatz umweltfreundlicher Baumaterialien, bei Emissionen, Beleuchtung, Wasser und Abwasser vorbildlich sein. Gleichzeitig galt es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums gesunde und behagliche Büroräume bereitzustellen.

Dafür hat man die Messlatte wie bei den Eckwerten für Energieverbrauch, Heizungs- und Kühlanlagen auch sehr hoch gelegt. Eigens wurde ein strenges Pflichtenheft ausgearbeitet mit Direktiven und Empfehlungen, die deutlich über die normalen Standards für Regierungsbauten hinausgehen. Dieses Pflichtenheft, das von den energetischen Anforderungen über die Bauökologie bis zur Raumakustik und Arbeitsplatzqualität gezielte Vorgaben macht, wurde zum ständigen Begleiter für Planer, Architekten und Handwerker.

Zur Überprüfung der angestrebten Gebäudeeigenschaften wurde ein aufwendiges Evaluationsverfahren angestrengt. Lohn der Mühen war das Zertifikat „qualitätsgeprüftes Passivhaus“, das die Hamburger ZEBAU (Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt) Ende 2010 dem Neubau verliehen hat. Ob die Werte tatsächlich erreicht werden, wird das Monitoring in den ersten Betriebsjahren zeigen.

Auch bei der Energieerzeugung kommen moderne und nachhaltige Energietechniken zum Einsatz. Teilweise sind sie bewusst zu Demonstrationszwecken eingebaut worden. Auf dem Dach befindet sich eine Photovoltaik-Anlage, obwohl dafür auf zwei Streifen beiderseits des Glasdachs wenig Platz blieb. Eine kleine Brennstoffzelle mit einem Kilowatt elektrischer Leistung (Strom) und 2,2 Kilowatt thermischer Leistung (Wärme) versorgt die Kantinenküche.

Auch die Geothermie ist heute eine gebräuchliche Form nachhaltiger Energiegewinnung. Die Beheizung der Rampe zur Tiefgarage für die Dienstfahrzeuge wurde daher mit klimaschonender, CO₂-neutraler Erdwärme geplant, damit sie im Winter schnee- und eisfrei zu befahren ist. Danach steigt sieben Grad „warmes“ Wasser auf, taut Eis und Schnee auf der Rampe, sinkt dann wieder ab, um in 60 Metern Tiefe erneut erwärmt zu werden. Die Praxis hat gezeigt, dass die gelieferten Erdsonden lediglich vier Kilowatt liefern und damit für die erforderliche Leistung nicht ausreichen. Die Prüfung von Ergänzungs- beziehungsweise Alternativmöglichkeiten ist noch nicht abgeschlossen. Für die Bewässerung der Außenanlagen wurde ein eigener Brunnen errichtet.

Sowohl für die Geothermie als auch für den Brunnen liegen entsprechende wasserrechtliche Erlaubnisse vor.

Um für künftige Veränderungen im Mobilitätskonzept des Ministeriums gewappnet zu sein, steht für Elektrofahrzeuge in der Garage eine weitere Stromzapfsäule zur Verfügung. Sie wird ausschließlich durch Ökostrom bespeist und durch nunmehr zwei Staffel-Fahrzeuge genutzt.

Immerhin 40 Kilowatt steuert eine innovative Wärmetauscheranlage bei, die ihre Fühler in den Abwasserkanal der Stresemannstraße steckt. Dem dort abgeführten Schmutzwasser wird Wärme entzogen, die sonst verloren ginge. Dieses Verfahren ist kaum bekannt und technisch anspruchsvoll. Man benötigt Wärmetauschkörper, die dem chemisch aggressiven Milieu standhalten und so konstruiert sind, dass sie die Abflussströmung nicht behindern. Naturgemäß können nur wenige Häuser einer Straße diese Energiequelle anzapfen.

Ein bedeutender Beitrag zur Energieeinsparung gelang mit der Verkleinerung der Außenhüllen des Gebäudes, indem die Innenhöfe in gedeckte Atrien verwandelt wurden.

Die Grundstücksgröße der gesamten Liegenschaft beträgt 6.273 Quadratmeter. Davon wurden 3.082 Quadratmeter bebaut.

Kernindikator Bereich biologische Vielfalt – „Flächennutzung“:

3.082 Quadratmeter bei **254** Beschäftigten entsprechen **12,13** Quadratmetern bebauter Fläche je Beschäftigten.

Im Hinblick auf die Biodiversität wurde bei der Gestaltung der Außenflächen berücksichtigt, dass Städte nicht nur Lebensräume für Menschen sind, sondern auch eine große Zahl von Wildtieren und -pflanzen in den Siedlungsgebieten der Menschen lebt, darunter so gar Arten, die außerhalb der Städte und Dörfer ausgesprochen selten auftreten. Da der Mangel an Nist- und Zufluchtsstätten ein bestandsdezimierender Faktor ist, wurden drei Vogelkästen, drei Schlupflochkästen auf Ständern und zwei zum Aufhängen, drei Schlupflochbaumstämme und ein Insektenhotel installiert. Die Maßnahmen sollen neben dem praktizierten Naturschutz auch als praktisches Anschauungsobjekt für Schulklassen und andere Besucher dienen.

Weitere Ausführungen zum Bau können der Broschüre „Gebaute Nachhaltigkeit – Der Berliner Dienstsitz des BMU (alt)“ entnommen werden.

5.3 Köthener Straße 2 bis 3 (KTR) in Berlin



Die Liegenschaft Köthener Straße 2 bis 3 ist ein Mietobjekt in unmittelbarer Nähe zur Stresemannstraße 128 bis 130.

Die Grundstücksgröße der Liegenschaft Haus 3 beträgt 5.595 Quadratmeter, davon wurden 3.103,57 Quadratmeter mit einem siebenstöckigen Bürokomplex bebaut. Durch die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) wurden in diesem Haus 3, mit einer Bruttogeschossfläche von circa 21.700 Quadratmetern, die erste und zweite Etage vollständig, zwei von vier Mietbereichen der vierten Etage und seit 1. und 15. Juni 2013 die siebte Etage angemietet und an das BMUB weitervermietet. Die erste Etage wird seit Januar 2014 durch BMWI (ehemalig BMU-)Beschäftigte genutzt, die Verbräuche jedoch weiter erfasst.

Die Gesamtmietfläche beträgt nun 7.129,94 Quadratmeter. Auf circa 6.872,94 Quadratmetern Hauptnutzfläche stehen 242 Arbeitsplätze ab 1. Juli 2013 sowie Besprechungs-/Konferenz- und Videokonferenzräume sowie Flächen für sonstige infrastrukturelle Einrichtungen zur Verfügung. 149 Quadratmeter werden als Lagerfläche und circa 108 Quadratmeter Ladenbereich als Empfangsbereich genutzt.

In den Räumlichkeiten des BMUB sind die gesamte Abteilung KI, Klimaschutzpolitik, Europa und Internationales, bestehend aus zwei Unterabteilungen, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Z und externe Dienstleister untergebracht.

Kernindikator Bereich biologische Vielfalt – „Flächennutzung“:

3.103,57 Quadratmeter bei **510** Beschäftigten entsprechen **6,09** Quadratmetern bebauter Fläche je Beschäftigten.

5.4 Krausenstraße 17 bis 18 (KRA) in Berlin



Die Liegenschaft Krausenstraße 17 bis 18 ist ein voll-unterkellertes sechsgeschossiges, denkmalgeschütztes Gebäude, welches in drei Bauabschnitten zwischen den Jahren 1907 und 1914 als Handels- und Geschäftshaus errichtet wurde.

- I. Bauabschnitt Krausenstraße 17/Schützenstraße 64 (Geschäftshaus H. Wolff, 1909 von Friedrich Kristeller)
- II. Baubschnitt Krausenstraße 18 (Handelshaus, 1911 von Nentwig und Simon)
- III. Bauabschnitt Markgrafenstraße 55/Schützenstraße 63 (Geschäftshaus, 1914 von Oskar Kaufmann¹)

Das Gebäude wurde 1933 von der Deutschen Reichsbahn (DR) erworben und im Innenbereich nach 1935 umfangreich umgebaut, so dass vom ursprünglichen Charakter des Gebäudes lediglich die Natursteinfassade außen, Teile der Hoffassade (mit den für moderne Industriebauten aus dieser Errichtungszeit typischen weißen Verblendsteinen) und die Haupttreppenhäuser erhalten sind.

Während der DDR-Zeit diente die Liegenschaft als Ministerium für Verkehrswesen und wurde im Zuge der Wiedervereinigung 1991 von der DR an das Bundesministerium für Verkehr übertragen. Seit dem 1. Januar 2012 ist die Bundesimmobilienanstalt (BImA) Eigentümer und seit 1. Juli 2014 das BMUB Hauptnutzer der Liegenschaft.

Das Gebäude wurde im November 1991 vom Landesdenkmalamt Berlin als Einzeldenkmal registriert.

In den Jahren 1977/78 wurde die Heizungsanlage erneuert und auf Fernwärme umgestellt. Die Grundinstandsetzung erfolgte im Zeitraum 1991 bis 1995, unter anderem mit dem Austausch der Fenster an den Fassaden zur Straßenseite, Erneuerung des Daches. Auf Grund steigenden Grundwassers musste die komplette Kellerabdichtung von 2006 bis 2009 erneuert werden. Im Rahmen des Konjunkturprogrammes der Bundesregierung von 2009 wurden die restlichen Fenster in den Innenhöfen erneuert.

Die Grundfläche beträgt 4.679 Quadratmeter, die Bruttogeschossfläche wird mit 26.495 Quadratmetern angegeben. Auf der Hauptnutzfläche von 6.891 Quadratmetern stehen dem BMUB und den anderen Mietparteien (nachgeordnete Bundesbehörden des BMVI) 323 Räume für Arbeitsplätze sowie 53 Räume für Infrastruktur, Sitzungen und Videokonferenzen zur Verfügung. Aktuell sind 261 Büroräume in Benutzung.

Das Dachgeschoss wird momentan nicht genutzt.

Kernindikator Bereich biologische Vielfalt – „Flächennutzung“:

4.679 Quadratmeter bei **261** Beschäftigten entsprechen **17,93** Quadratmetern bebauter Fläche je Beschäftigten.

1 Datenbank Denkmalliste Berlin/09080296-98 vom 22. November 1990.

6

Darstellung der umweltrelevanten Verbrauchsdaten

6.1 Erfassungen für alle Standorte

Für die Erzeugung von Wärmeenergie und den Betrieb von Geräten und Anlagen sowie für den Dienstreiseverkehr mit Bahn, Flugzeug oder Personenkraftwagen (PKW) werden im BMUB primäre Energieträger wie Heizöl, Diesel, Erdgas und Benzin sowie Strom verbraucht.

Tabelle 4: Verbrauchsdaten Dienstreisen

Input	Einheit	2011	2012	2013	2014
Dienstreisen gesamt ^{*1}	Kilowattstunde	5.065.262	5.021.851	4.318.192	4.736.497
Dienstreisen Bahn	Kilowattstunde	274.239	303.001	224.799	308.508
Dienstreisen Flug	Kilowattstunde	4.279.159	4.207.185	3.570.631	3.893.668
Dienstreisen PKW (alle Dienst-Kraftfahrzeuge mit Fahrdienst und private PKW^{*2})	Kilowattstunde	511.864	511.666	522.762	534.321

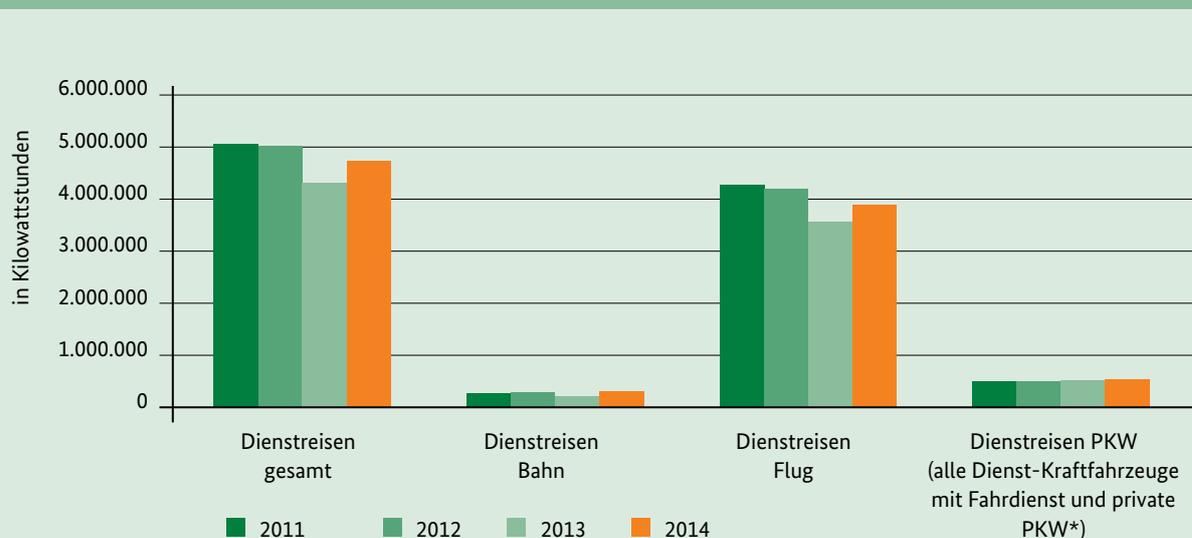
Die Veränderung der Daten im Vergleich der Umwelterklärung 2012 resultiert daraus, dass sie erstmals auf der Grundlage von UBA-Werten (Tremod 5.32) ermittelt und für die Jahre 2009 bis 2011 aktualisiert wurden.

*1 Die Werte für Dienstreisen der Dienstsitze Bonn und Berlin (Inland, Ausland, PKW, Bahn und Flug) wurden auf der Grundlage der gereisten Kilometer errechnet. Die Berechnungsgrundlage für die Energieverbräuche und Emissionen der einzelnen Verkehrsträger sind die Werte des UBA (Tremod 5.32).

*2 Um in der Systematik zu bleiben, wurden hier die Energieverbräuche bei den privaten PKW aus den gereisten Kilometern errechnet. Aufgrund des tatsächlichen Kraftstoffverbrauchs des Fahrdienstes ergibt sich in der Praxis ein höherer Wert (siehe Tabelle 7).

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Abbildung 6: Verbrauchsdaten für Dienstreisen (Bonn und Berlin)



* Um in der Systematik zu bleiben, wurden hier die Energieverbräuche bei den privaten PKW aus den gereisten Kilometern errechnet. Aufgrund des tatsächlichen Kraftstoffverbrauchs des Fahrdienstes ergibt sich in der Praxis ein höherer Wert (siehe Tabelle 6).

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Emissionen

Bei den **Dienstreisen** ist eine Steigerung um 229.396 Kilogramm CO₂ (12,9 Prozent) zu verzeichnen.

Werden die mit der Deutschen Bahn CO₂-frei durchgeführten Fahrten berücksichtigt (68.273 Kilogramm CO₂), beträgt die Steigerung 161.123 Kilogramm CO₂, mithin 9,1 Prozent.

Der Bund hat sich im Oktober 2010 für den Kauf „Grüner Fahrkarten“ entschieden. Seitdem werden für alle

Dienstreisen der Bundesregierung mit der Deutschen Bahn nur noch CO₂-freie Fahrten gebucht. Der Strombedarf für die Fahrt wird vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt.

In der Tabelle 7 ist der Energieverbrauch unserer Staffelfahrzeuge dargestellt. Der Gesamtverbrauch des Fuhrparks ist um 15,18 Prozent Kilowattstunden gesunken. Die Gesamtkilometerleistung ist um 7,93 Prozent gesunken. Der durchschnittliche Verbrauch der Staffelfahrzeuge liegt bei 8,21 Litern pro 100 Kilometern, statt 8,63 Liter pro 100 Kilometern im Vorjahr.

Tabelle 5: Output CO₂-Emissionen Dienstreisen

Output (Emissionen)	Einheit	2011	2012	2013	2014
Dienstreisen gesamt	Kilogramm	1.720.736	1.786.963	1.543.365	1.772.761
Dienstreisen Bahn	Kilogramm	60.792	67.181	68.773	68.273
Dienstreisen Flug	Kilogramm	1.643.454	1.631.294	1.472.163	1.671.263
Dienstreisen PKW	Kilogramm	16.490	12.373	14.006	33.225

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 6: Treibstoffverbrauch Fahrdienst

Input			2011	2012	2013	2014
Treibstoff	Einheit	Umrechnungsfaktor*	Menge	Menge	Menge	Menge
Strom	Kilowattstunde		0	576	1.455	3.984
Erdgas	Kilowattstunde	12,19 Kilowattstunde/Kilogramm	1.284	475	0	0
	Kilogramm					
Diesel	Kilowattstunde	9,94 Kilowattstunde/Liter	436.016	457.777	465.252	401.208
	Liter					
Benzin	Kilowattstunde	8,84 Kilowattstunde/Liter	10.458	97	0	0
	Liter					
Gesamt	Kilowattstunde		447.758	458.730	466.707	405.192
Gesamt	Liter*		45.273	46.055	46.806	40.363

* Für Erdgas wurden Kilogramm gleich Liter angenommen.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Kernindikatoren Bereich Emissionen Fahrdienst

Tabelle 7: Input/Output und Energieeffizienz Fahrdienst

Input			2011	2012	2013	2014
Treibstoff	Einheit	Umrechnungsfaktor* ¹ /Emission	Menge	Menge	Menge	Menge
Zahl der Beschäftigten			815	835	864	911
Gesamt	Kilowattstunden		447.758	458.730	466.707	405.192
Gesamt	Liter		45.272	46.055	46.804	40.363
	Tonnen	CO ₂ -Äquivalent * ²	110,97	113,07	114,91	90,09
	Kilogramm	SO ₂	3,13	3,20	3,26	2,81
	Kilogramm	NO _x	146,51	152,79	155,39	134,00
je Beschäftigten	Kilogramm	PM	33,84	34,77	35,36	30,49
	Tonne je Mitarbeiter	CO ₂ -Äquivalent	0,136	0,135	0,134	0,099
	Kilogramm je Mitarbeiter	SO ₂ , NO _x , PM gesamt	0,225	0,228	0,225	0,184
Kernindikatoren Energieeffizienz						
Kraftstoffe	Megawattstunden		447,76	458,73	466,71	405,19
je Beschäftigten	Megawattstunden		0,55	0,55	0,54	0,41

*1 Umrechnungsfaktoren nach GEMIS 4.7 PkW-DE-OTTO-BENZIN-2010, PKW-DE-DIESEL-2010 PKW-DE-OTTO-ERDGAS-2010.
*2 CO₂-äquivalente Faktoren nach IPPC 2007.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

6.2 Robert-Schuman-Platz

Die Daten zu den Bereichen Energie, Abfall und Wasser beziehen sich auf alle Nutzer RSP, da eine separate Erfassung für das BMUB nicht möglich ist. Nachdem die Gebäudeleittechnik erneuert wurde, ist eine strangweise, vertikale Auswertung der Strom- und Wärmeverbräuche, jedoch keine nutzerscharfe Zuordnung möglich.

Der Energiebedarf für **Strom** ist um 144.320 Kilowattstunden (4,65 Prozent) gesunken. Der Wenigerverbrauch ist unter anderem auf die Optimierung

der Beleuchtung sowie der Kühlung durch Brunnenwasser zurückzuführen.

Bei der **Fernwärme** wurden witterungsbereinigt 156.350 Kilowattstunden (4,54 Prozent) weniger verbraucht. Der Wenigerverbrauch ist darauf zurückzuführen, dass die Dacharbeiten, einschließlich Isolierung, Ende 2013 abgeschlossen wurden.

Die Vorgaben zur Ressourceneinsparung werden fortgeschrieben.

Tabelle 8: Input Energie RSP Energieeffizienz

Input	Einheit	Zeile	2011	2012	2013	2014
Strom	Megawattstunden	1	3.492,12	3.519,51	3.251,18	3.106,86
Leistungsspitze	Kilowatt	2	1.164	1.072	976	948
Fernwärme	Megawattstunden	3	3.124,09	3.472,69	3.745,58	2.859,49
Fernwärme (witterungsbereinigt)*	Megawattstunden Faktor	4	3.590,91 0,87	3.543,56 0,98	3.601,52 1,04	3.445,17 0,83
Summe	Megawattstunden	1 und 3	6.616,21	6.992,20	6.996,76	5.966,35
Energieeffizienz						
je Beschäftigten/Anzahl	Megawattstunden		4,22/1.506	4,63/1.511	4,66/1.501	4,18/1.427
Anteil erneuerbarer Energien (Strom, Wärme)	Prozent-Anteil		52,78	50,59	46,47	47,54

* Die Berechnung der witterungsbereinigten Fernwärme erfolgte nach folgender Quelle: Gradtagszahlen für Deutschland (IWU) (www.iwu.de). Es wurde die Wetterstation Düsseldorf ausgewählt und eine Innentemperatur von 20 Grad Celsius angenommen.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Die Stromerzeugung erfolgt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Die Wärmeenergie wird durch Fernwärme bezogen. Da keine verlässlichen Zahlen für den Anteil erneuerbarer Energien bei der

Fernwärme geliefert werden konnten, wurde er mit null angesetzt, obgleich durch den Bezug aus einer Müllverbrennungsanlage von einem nicht unerheblichen Teil auszugehen ist.

Abbildung 7: Verbrauchsdaten für Fernwärme und Strom (RSP)



Emissionen

Die aus dem Stromverbrauch resultierenden CO₂-Emissionen wurden nicht berücksichtigt, da Öko-Strom aus einer Wasserkraftanlage (weitgehend CO₂-neutral) bezogen wird.

Bei der **Fernwärme** sind die Emissionen um 200.522 Kilogramm CO₂ (30,99 Prozent) gesunken. Der Wenigerverbrauch ist witterungsbedingt und darauf zurückzuführen, dass die Isolierung des Daches weitestgehend Ende 2013 abgeschlossen wurde.

Tabelle 9: Output CO₂-Emissionen

Output (Emissionen)	Einheit	2011	2012	2013	2014
Fernwärme*	Kilogramm	706.982	785.870	847.625	647.103
Kennzahl pro Beschäftigtem/Anzahl	Tonnen	0,56/1.268	0,65/1.211	0,68/1.238	0,49/1.328

* Die CO₂-Emissionen der Fernwärme betragen nach Öko-Institut für eine Kilowattstunde 0,2263 Kilogramm.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Kennzahlen

Bei 80.925 Quadratmetern Gesamtfläche (72.850 Quadratmeter Hauptgebäude und 8.075 Quadratmeter Pavillons) ergibt sich für das Jahr 2014 ein **Stromverbrauch von 38,39 Kilowattstunden je Quadratmeter**. Gemäß einer Studie zu Verbrauchskennwerten von verschiedenen Gebäudearten in der Bundesrepublik Deutschland beträgt der entsprechende Kennwert (1999, dieser Wert wurde in der Studie 2005 der ages-GmbH nicht mehr fortgeschrieben) für die Gebäudegruppe „oberste Bundes- beziehungsweise Landesbehörden“ 38 Kilowattstunden je Quadratmeter.

Beim **Heizenergieverbrauch** bezogen auf 43.833 Quadratmeter Gesamtfläche (hier wird nur die beheizte Fläche und witterungsbereinigter Bedarf herangezogen) ergibt sich für den Dienstsitz im Jahr 2014 ein Wert von **78,60 Kilowattstunden je Quadratmeter**. Verglichen mit dem in der vorgenannten Studie ermittelten Kennwert von 103 Kilowattstunden je Quadratmeter für den Bundesdurchschnitt in der zugehörigen Gebäudegruppe ist das BMUB sehr gut positioniert.

Für die Abfallfraktionen Restmüll, Biomüll und Verpackungsabfälle werden die Mengen entsprechend der jeweiligen Sammelbehälter und Abfuhrhythmen ermittelt. Bei den übrigen Abfällen werden die Gewichte, Volumina oder die genaue Stückzahl angegeben. Die Entsorgung der Toner wird von der Leasingfirma übernommen.

Abbildung 8: CO₂-Ausstoß Fernwärme (gesamter Dienstsitz Bonn)

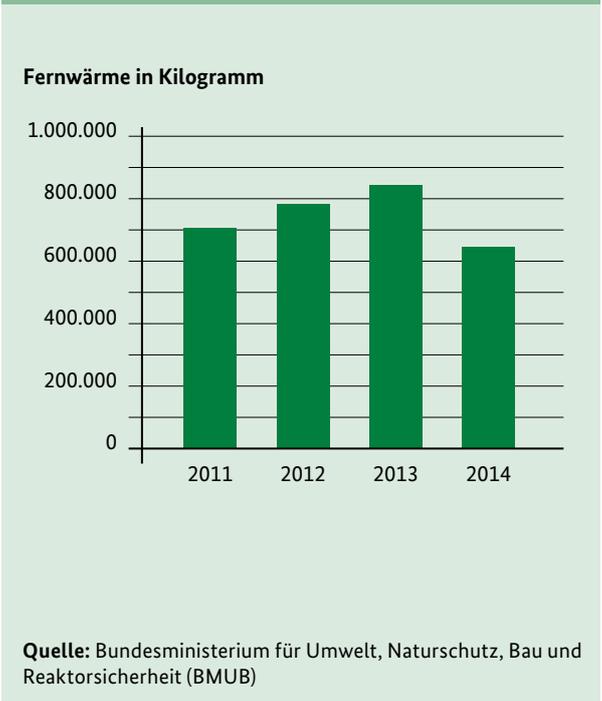


Tabelle 10: Output Abfälle/Kernindikatoren RSP

Output	Einheit	2011	2012	2013	2014
Restmüll	Tonnen	21,74	21,74	21,74	21,74
Biomüll	Tonnen	9,50	6,34	6,34	6,34
Papier/Kartonagen	Tonnen	95,68	92,88	77,18	86,43
Speisereste	Tonnen	15,48	13,32	13,56	13,55
Verpackungsabfälle	Tonnen	8,55	10,23	11,75	13,37
Wertstoffgemisch	Tonnen	12,66	8,88	7,46	2,42
Sandfang-/Ölabscheiderinhalte	Tonnen	1,06	1,04	0,60	0
Reinigungswasser Tiefgarage (G)	Tonnen	5,76	4,20	3,80	1,80
Fettabscheiderinhalte*	Tonnen	171,08	171,08	78,96	78,96
Altglas	Tonnen	1,21	0,48	0,31	0,73
Alt-CD	Tonnen	0,17	0,21	0,08	0,06
Styropor	Tonnen	0,08	0,15	0,23	0,13
Elektronikschrott (G)/ Monitore (G)	Tonnen	0,69	3,14	0,86	0
Batterien	Tonnen	0,30	0,47	0,18	0,13
Leuchtstoffröhren (G)	Tonnen	0	0,24	0	0,60
Gesamt	Tonnen	343,96	334,40	223,03	226,24
Kernindikatoren Abfall					
je Beschäftigten/Anzahl	Tonnen	0,23/1.506	0,22/1.511	0,15/1.501	0,16/1.427
Aufkommen gefährlicher Abfälle (G)	Tonnen	6,45	7,58	4,66	2,40
pro Beschäftigtem/Anzahl	Tonnen	0,004	0,005	0,003	0,002

* Seit 2013 wird Fettabscheider nur alle zwei Monat geleert.
Als Quelle der Faktoren wurden Angaben der „Abfalldaten Wien“, Firma Remondis und eigene Ermittlungen/Umrechnungen herangezogen.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Wasser/Abwasser

Der Wasserverbrauch (Stadtwasser) des Dienstsitzes betrug im Jahr 2014 11.823 Kubikmeter.

Die Abwassermengen werden nicht gemessen, die Gebührenfestsetzung erfolgt nach dem Wasserverbrauch des Vorjahres.

Tabelle 11: Input/Kernindikator Wasser RSP

Input	Einheit	Menge 2011	Menge 2012	Menge 2013	Menge 2014
Stadtwasser	Kubikmeter	15.423	12.674	11.714	11.823
Kernindikatoren Wasser					
pro Mitarbeiter und Jahr	Kubikmeter	10,24/1.506	8,39/1.511	7,80/1.501	8,03/1.427

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Kennzahlen

Im Jahr 2014 wurden am Dienstsitz 53.741 Liter Wasser pro Tag² verbraucht. Bezogen auf die 1.427 Beschäftigten des Dienstsitzes ergibt sich somit für jeden Beschäftigten ein Tagesverbrauch von 37,66 Litern. Bezogen auf die Gesamtfläche des Dienstsitzes von 72.850 Quad-

ratmetern ergibt sich hinsichtlich des Stadtwassers ein Verbrauchswert von 162,29 Litern je Quadratmeter.

Unter Berücksichtigung des Wasserverbrauchs von Küche, Kühltürmen, Teich und Baumbewässerung ergibt sich nachfolgend bereinigter Verbrauch:

Tabelle 12: Bereinigter Wasserverbrauch

Input	Einheit	Menge 2011	Menge 2012	Menge 2013	Menge 2014
Stadtwasser	Kubikmeter	15.423	12.674	11.714	11.823
abzüglich Verbrauch					
Küche		2.869	2.665	2.440	2.697
Kühltürme*		1.410	604	0	0
Teich und Baumbewässerung		422	418	373	314
bereinigter Verbrauch	Kubikmeter	10.722	8.987	8.901	8.812
pro Tag	Liter	48.736	40.850	40.459	40.055
pro Quadratmeter (51.190) und Jahr	Liter	301,3	247,6	228,8	231,0
pro Beschäftigtem/Tag	Liter	32,36	27,0	27,0	28,1

* Die Kühltürme wurden Ende Juni 2012 stillgelegt.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 13: Kennwert Wasserverbrauch

Kennwert in Liter	2011	2012	2013	2014
Wasserverbrauch pro Quadratmeter (51.190) je Jahr	301,3	247,6	228,8	231,0
ohne Küche	245,2	195,5	181,2	178,3
pro Mitarbeiter und Tag (220 Arbeitstage)	44,7	38,1	35,5	37,7
ohne Küche	37,9	30,1	28,1	29,1

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

2 Es werden 220 Arbeitstage angenommen.

Betriebsmittel

Für EDV-Ausstattung und den Fuhrpark bestehen Leasingverträge. Auch die Gebäudereinigung ist extern vergeben.

In der folgenden Tabelle werden die wichtigsten Betriebsmittel im BMUB dargestellt.

Tabelle 14: Input Betriebsmittel

Bereich Verbrauch (V= Beschaffungsmenge) Bestand (B)	Artikel	Einheit	Menge 2011	Menge 2012	Menge 2013	Menge 2014
EDV-Ausstattung (B)	Server	Stück	24	24	18	12
	PCs	Stück	807	738	722	670
	Bildschirme	Stück	787	742	817	778
	Drucker	Stück	983	963	689	670
Bürokommunikation (B)	Kopierer	Stück	34	34	34	37
Fuhrpark (B)	PKW/Kleinbusse	Stück	20	22	22	22
	Sonderfahrzeuge	Stück	2	2	2	2
Papier (V)	Recycling mit Blauem Umweltengel	Blatt	7.270.000	5.300.000	7.700.000	5.124.000
	Recycling weiß ohne Blauen Umweltengel	Blatt	328.000	208.000	136.800	113.200
	Rollenhandtuchpapier	Rollen*	1.866.605	1.724.616	1.841.678	1.645.056
	umgerechnet Blatt/Rolle	Quadratmeter	96.130	88.818	94.846	84.720
Büromaterial (V)	Tonerkartusche/Tintenpatrone	Stück	421	323	418	466/11
	Tonerkartusche/Kopierer	Stück	293	311	161	163
Reinigungsmittel (V)		Liter	1.109	1.393	1.490	1.511
Beleuchtung (V, geschätzt)	Leuchtstoffröhren	Stück	800	2.670	1.000	2.825
	Leuchtmittel	Stück	325	305	390	140
	Energiesparlampen	Stück	50	4.600	100	0

* Rollenpapierhandtücher umgerechnet in Quadratmeter (21 mal 24,5 Zentimeter gleich 0,0515 Quadratmeter)

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Kernindikatoren Bereich Materialeffizienz

Da das BMUB vergleichsweise geringe Materialdurchsätze hat, wird hier lediglich die Kennzahl für **Recycling-Papier** dargestellt.

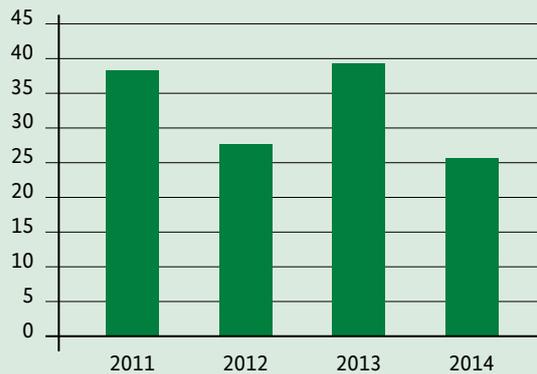
Tabelle 15: Kernindikatoren Bereich Materialeffizienz

Gesamtverbrauch	Einheit	Menge 2011	Menge 2012	Menge 2013	Menge 2014
16 Blatt entsprechen einem Quadratmeter von je 80 Gramm	Tonnen	38,20	27,54	39,18	25,62
pro Beschäftigtem/Anzahl	Tonnen	0,0574/662	0,0426/647	0,0615/637	0,0349/745

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Abbildung 9: Materialeffizienz

16 Blatt entsprechen einem Quadratmeter zu 80 Gramm je Tonne



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Direkte Umweltaspekte; offene und abgeschlossene Maßnahmen

Tabelle 16: Offene Maßnahmen

Bereich	Thema	Offene Maßnahmen	Verantwortlich	Termin
Energie	IT	Zertifizierung der Rechenzentren des BMUB an den Standorten Bonn, RSP und Berlin, Stresemannstraße, nach den Kriterien des Blauen Engels. Damit wird der Nachweis erbracht, dass der Betrieb der RZ des BMUB energieeffizient und nachhaltig erfolgt.	Z I 5	III. Quartal 2015 Kickoff-Gespräch erfolgte zusammen mit Vertretern des UBA im Oktober 2014. Aktuell wird ein Projektplan erstellt.
		Erarbeitung eines Druckerkonzeptes mit dem Ziel der weitest gehenden Umstellung von dezentralen Druckern auf Multifunktionsgeräte (Drucker/Kopierer)	Z I 5	Es soll nun eine übergreifende Abstimmung mit beteiligten Org-Einheiten erfolgen, um ein gemeinsames Druckerkonzept zu erstellen und die Leitung davon zu überzeugen.
		Umstellung von Arbeitsplatz-PC auf Thin-Client (virtuelle PC)	Z I 5	2014 wurden bereits erste 50 Thin-Clients an den Standorten Berlin und Bonn im Rahmen eines Piloten in Betrieb genommen. Im nächsten Schritt soll Anfang 2015 eine gesamte Liegenschaft (200 Arbeitsplätze) auf Thin-Clients umgestellt werden. Auf Basis der Evaluierung dieser Erweiterung ist dann für 2015/2016 geplant, den Großteil der vorhandenen PCs gegen Thin-Clients auszutauschen.
		Datenhaltungskonzept/Duplizierung zur Reduzierung und/beziehungsweise Auslagerung von mehrfach gespeicherten Datenbeständen	IT	Verfahren und Struktur sind in 2013/2014/2015 zu erarbeiten und abzustimmen.
		Energiemanagement nicht genutzter IT-Geräte	IT	Testphase und Umsetzung 2013/2014
		Planung eines Technologiewechsels bei den Sprachdiensten. Umstellung von der aktuellen TK-Anlagentechnologie auf moderne VoIP-Technik inklusive des Einsatzes von Softphones am Arbeitsplatz. Die VoIP-Technologie im Zusammenhang mit dem Einsatz von Softphones ist energieeffizienter als die bisherige Technik und bietet deutlich mehr Komfortmerkmale für die Anwender.	Z I 5	Bis 2018 Aktuell erfolgt eine Machbarkeitsanalyse, inwieweit die Voraussetzungen für die Einführung der neuen Techniken im BMUB gegeben sind.
	Lüftung	Wärmerückgewinnung Teil-Sanierung der Lüftungsanlagen	TGM	Im Rahmen der Erneuerung der Lüftung prüfen und anzustreben. Prüfung, ob parallel zur Brandschutzsanierung möglich (2015).
Wärme	Mitarbeiter vor Winterperiode auf ökologisches Lüftungsverhalten hinweisen	HV	regelmäßig	

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 16: Offene Maßnahmen

Bereich	Thema	Offene Maßnahmen	Verantwortlich	Termin
	Dachrenovierung/ Photovoltaik	Dachstatik im Hinblick auf mögliche Nutzung einer Photovoltaik (PV)-Anlage prüfen Förderantrag stellen und Mittel etatisieren Prüfung, ob Dachbegrünung noch möglich ist (in ES-Bau bisher nicht berücksichtigt).	TGM/ BBR	Prüfung in 2007 erfolgt Förderantrag gestellt. Fördermittel wurden bewilligt. ES-Bau wurde erstellt. Maßnahme hat sich weiter wegen anderer prioritärer Aufgaben des BBR verzögert Aufstellung der EW-Bau und Prüfung der offenen Fragen der Dachbegrünung in II. 2012. Die Arbeiten wurden im Sommer 2013 begonnen und voraussichtlich Ende 2014 abgeschlossen sein. Dachsanierung und Begrünung ist erfolgt. PV-Anlage wird in 2015 errichtet.
	Lastmanagement	Analyse der Grundlast (circa 250 Kilowatt) mit Hilfe der Gebäudeleittechnik	TGM	ist erfolgt, bleibt dauernde Aufgabe

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Die abgeschlossenen/geprüften Maßnahmen werden nur im Folgejahr dargestellt.

Tabelle 17: Abgeschlossene/geprüfte Maßnahmen

Bereich	Thema	Abgeschlossene/geprüfte Maßnahmen	Verantwortlich	Termin
Energie	IT	Umbau des Rechenzentrums und danach Beantragung als energieeffizientes RZ	IT	Im Laufe des Jahres 2014 abgeschlossen.
		Einrichtung getrennter Zähler/Zwischenzähler für IT-Bereich	TGM/ ZG I 5	In 2014 wurde auch die KRS mit Zählern ausgestattet. Aus den Daten sollen Erkenntnisse über die Nutzung gewonnen werden mit dem Ziel, den Verbrauch über gezieltes Energiemanagement zu reduzieren.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

6.3 Stresemannstraße

Die Daten zu den Bereichen Energie, Abfall und Wasser beziehen sich auf den Erhebungszeitraum ab 1. Juli 2011. Aufgrund des beim Einzug noch laufenden Umbaus waren die Werte, insbesondere die Energiewerte, zunächst nicht repräsentativ. In der Umwelterklärung 2015 werden neben der Darstellung des Zeitraumes 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012, die Werte des vollständigen Kalenderjahres 2012, 2013 und 2014 ausgewiesen.

Das Monitoringprojekt endet zum 30. Juni 2015. Es hat sich in der eigentlichen Bauphase und in der

jetzigen Übergabe-/Regulierungsphase gezeigt, wie wichtig und richtig die Entscheidung der Installation eines Monitoringkonzeptes auch in den ersten Jahren nach Bezug des Objektes ist. So konnte nach Einzug auf Beschwerden von Beschäftigten hinsichtlich der Raumluftqualität im Rahmen des Behaglichkeitsmonitorings unmittelbar reagiert werden. Die Werte waren zu keinem Zeitpunkt gesundheitsgefährdend, besserten sich durch die empfohlenen Verhaltensweisen (verstärktes Lüften) in diesem Zeitraum wie prognostiziert positiv.

Tabelle 18: Input Energie

Energiequellen	Einheit	1	2012	2013	2014			
Strom*1	Megawattstunden	2	853,633	785,252	767,872			
Eigenerzeugung:								
Photovoltaik			0,481	5,155	10,722			
Brennstoffzelle			0,315	4,922	5,617			
Netzersatzanlage	Megawattstunden	3	1,525	4,922	1,974			
Leistungsspitze			214	178	208			
Fernwärme*2	Megawattstunden	4	759,538	702,546	584,387			
Fernwärme (witterungsbereinigt)*6	Megawattstunden	5	793,422	706,761	730,484			
Kälte*5	Faktor		1,045	1,006	1,25			
Gas*3*4	Megawattstunden	6	221,610	256,420	255,745			
	Kubikmeter/ Megawattstunden	7	1.798,6/ 19,346	4.058,9/ 43,787	4.017/ 45,00			
Summe Zeile 2, 3, 4, 6, 7	Megawattstunden	8	1.784,02	1.803,00	1.671,32			
Kernindikator Energieeffizienz								
pro Beschäftigtem			242	7,40	235	7,67	254	6,58
erneuerbare Energien, Strom, PV und Kälte	Prozent-Anteil		57,95	58,06	61,89			

*1 Der gesunkene Stromverbrauch wird auf die Eigenerzeugung und den Wegfall von zeitweise eingesetzten Heizgeräten zurückgeführt.

*2 Bis Sommer 2012 war die Dämmung des Daches noch nicht vollständig, daher wurden mussten zusätzlich Elektroheizgeräte betrieben werden.

*3 Mehrverbrauch nach Inbetriebnahme der Brennstoffzelle.

*4 Verbrauchswert entspricht Ablesung durch Betreiber.

*5 Ab 2013 wurde der Messwert des Sekundärzählers herangezogen, da Primärzähler des Versorgers keine plausiblen Werte liefert.

*6 Die Berechnung der witterungsbereinigten Fernwärme erfolgte nach folgender Quelle: Gradtagszahlen für Deutschland (IWU) (www.iwu.de). Es wurde die Wetterstation Berlin-Tempelhof ausgewählt und eine Innentemperatur von 20 Grad Celsius angenommen.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Kernindikator Output CO₂-Emissionen

Tabelle 19: Kernindikatoren im Bereich Output Emissionen

	2012		2013		2014	
Fernwärme in Kilogramm CO ₂	171.655		159.021		132.071	
Kennzahl pro Beschäftigtem in Tonnen	242	0,71	235	0,68	254	0,52

Wegen des geringen Gasverbrauchs wird auf eine Darstellung der direkten Emissionen verzichtet. Auf die Darstellung von Fernkälte wird verzichtet, da der Energielieferant keinen Umrechnungswert liefern kann.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Verbrauch und Kernindikator Bereich Wasser

Tabelle 20: Kernindikatoren Wasser

Wasserverbrauch	Einheit	2012		2013		2014	
Summe in Kubikmetern	Kubikmeter	3.380		2.888		3.725	
je Beschäftigten und Anzahl		242	14,0	235	12,29	254	14,67
je Beschäftigten und Tag	Arbeitstage	220	0,064	220	0,056	220	0,067

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Output Abfälle STR

Tabelle 21: Output und Kernindikatoren Abfälle

Output/Einheit in Tonnen	2012		2013		2014	
Restmüll	21,74		21,74		21,74	
Biomüll	2,88 ^{*1}		2,88		2,88	
Speisereste	14,4 ^{*2}		9,29 ^{*2}		11,6	
Fettabscheiderinhalte	3,67		3,05		4,2	
Papier/Kartonagen	22,88 ^{*3}		22,88		22,88	
Verpackungsabfälle	1,72		1,72		1,72	
Altglas	1,74 ^{*4}		1,74		1,74	
Gesamtaufkommen	67,31		63,3		62,16	
Kernindikator						
je Beschäftigten und Anzahl	242	0,28	235	0,27	254	0,24
je Beschäftigten und Anzahl je Tag (220 Arbeitstage)	220	0,0013	220	0,0012	220	0,0011

*1 Der Biomüll wurde einmal wöchentlich in zweimal 240-Liter-Tonnen entsorgt. Ab 1. März 2012 wurde die Anzahl der Biotonnen auf einmal 240 Liter reduziert.

*2 Die Reduzierung des Aufkommens ist darauf zurückzuführen, dass nunmehr nur noch volle Tonnen abgeholt werden und dadurch die Berechnung exakter ist.

*3 Das höhere Papieraufkommen ist darauf zurückzuführen, dass die Papierhandtücher nun auch als Papier entsorgt werden.

*4 Für die Entsorgung des Altglases steht eine 660-Liter-Tonne zur Verfügung, diese wird im Vier-Wochen-Turnus geleert. Es gibt jedoch keinen Nachweis über die tatsächlich entsorgte Menge.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

6.4 Köthener Straße

Die Daten zu den Bereichen Energie, Abfall und Wasser beziehen sich ebenfalls auf den Erhebungszeitraum 1. Juli 2011 bis 31. Dezember 2013. Im Jahr 2011 sind die Werte aufgrund des Mietbeginns 1. März 2011, Umbaumaßnahmen bis Mitte Juni und danach erst Einzug der Beschäftigten insbesondere bei Abfall und Wasser noch nicht voll aussagefähig. Im Jahr 2013 erhöhte sich nach Anmietung weiterer Flächen in der siebten

Etage zum 1. und 15. Juni und folgendem Einzug die Beschäftigtenzahl um 60. Die Erhöhung wurde auf das Jahr gemittelt (= 212)³. Durch die Umstrukturierung des Ministeriums ergaben sich folglich Änderungen in der Belegung KTR. Ab Januar 2014 wird die erste Etage durch BMWI-Beschäftigte (ehemals BMU) genutzt, die Verbräuche wurden jedoch weiter erfasst.

Tabelle 22: Input Energie/Energieeffizienz KTR

Input	Einheit	Zeile	2012		2013		2014	
Strom	Megawattstunde	1	138,65		153,07		143,20	
Fernwärme* ¹	Megawattstunde	2	325,4		367,14		363,63	
Fernwärme (witterungsbereinigt) ^{*3}	Megawattstunde	3	339,99		369,34		454,54	
	Faktor		1,045		1,006		1,25	
Kälte	Megawattstunde	4	80,28		132,98		166,95	
Summe Zeile 1, 2, 4	Megawattstunde	5	467,29		624,05		673,78	
Kernindikator Energieeffizienz								
je Beschäftigten* ²	Megawattstunde		182	3,0	212	3,09	240	2,80
Anteil erneuerbarer Energien Strom	Prozent		29,67		24,52		21,25	

*1 2013 wurde der Verbrauch für August wegen Zählertauschs teilweise geschätzt. Die Werte für 2012 und 2013 wurden gegenüber früheren Umwelterklärungen geändert, da weitere Wärmemengenzähler einbezogen wurden, die zuvor nicht bekannt waren.

*2 Im Jahr 2014 sind in der Beschäftigtenzahl die Mitarbeiter des BMWi mit erfasst, da keine getrennte Berechnung erfolgte.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 23: Kernindikatoren Output CO₂-Emissionen

	2012		2013		2014	
Fernwärme in Kilogramm	56.129		76,38		82,18	
Kennzahl pro Beschäftigtem in Tonnen	182	0,31	212	0,36	240	0,34

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

3 Die Berechnung der witterungsbereinigten Fernwärme erfolgte nach folgender Quelle: Gradtagszahlen für Deutschland (IWU) (www.iwu.de). Es wurde die Wetterstation Berlin-Tempelhof ausgewählt und eine Innentemperatur von 20 Grad Celsius angenommen.

Der Verbrauch an Strom, Wärme, Kälte und Wasser wird durch eigene Zähler erfasst. Da die kontinuierliche Ablesung aller Stromzähler erst im August 2011 begann, wurden für die Monate Juli und August 2011 die

Verbräuche aus 2012 berücksichtigt. Bei den Stromzählern handelt es sich um Eintarif-Zähler ohne Lastgangaufzeichnung. Direkte Emissionen fallen am Standort KTR nicht an.

Tabelle 24: Verbrauch und Kernindikatoren Wasser

Wasserverbrauch	Einheit	2012		2013		2014	
Summe in Kubikmetern	Kubikmeter	1.313		1.277		1.559	
je Beschäftigten und Anzahl		182	7,21	212	6,02	240	6,49
je Beschäftigten und Tag	Arbeitstag	220	0,033	220	0,027	220	0,029

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 25: Output Abfälle/Kernindikatoren KTR

Output/Einheit in Tonnen	2012		2013		2014	
Restmüll	2,96 ^{*1}		3,26 ^{*1}		3,55	
Papier/Kartonagen	7,04 ^{*2}		8,8 ^{*2}		10,56	
Verpackungsabfälle	0,94 ^{*3}		1,03 ^{*3}		1,12 ^{*5}	
Altglas	6,86 ^{*4}		7,55 ^{*4}		8,24 ^{*5}	
Gesamtaufkommen	17,08		20,64		23,47	
Kernindikatoren Abfälle						
je Beschäftigten und Anzahl	182	0,0938	212	0,0973	240	0,0978
je Beschäftigten und Tag (220 Arbeitstage)	220	0,00043	220	0,00044	220	0,00044

*1 Oecollecte: 30 Liter mal zehn Behälter mal 52 Leerungen und zwölf Behälter mal 52 Leerungen mal 0,095 Tonnen je Kubikmeter; im Vorjahr insgesamt 104 Leerungen. Bio-Müll wird in STR entsorgt.

*2 20 mal 1,1 Kubikmeter je Monat (laut Vermieter) sind 264 Kubikmeter mal zwölf (pro anno) bei je sechs Monaten circa ein Drittel Fläche gleich 44 Kubikmeter und sechs Monate circa eineinhalb Fläche gleich 66 Kubikmeter mit 0,08 Tonnen je Kubikmeter.

*3 Oecollecte: 30 Liter mal zehn Behälter mal 52 Leerungen und zwölf Behälter mal 52 Leerungen mal 0,03 Tonnen je Kubikmeter. Im Vorjahr zehn Behälter mal 104 Leerungen.

*4 Oecollecte: 30 Liter mal zehn Behälter mal 52 Leerungen und zwölf Behälter mal 52 Leerungen mal 0,22 Tonnen je Kubikmeter. Im Vorjahr zehn Behälter mal 104 Leerungen.

*5 2014 wurden zwölf statt zehn Behälter monatlich geleert.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

6.5 Krausenstraße

Die Erfassung von Strom, Wasser und Wärme erfolgt zentral für das gesamte Gebäude. Die Liegenschaft gehört jedoch erst seit 1. Juli 2014 zum Geschäftsbereich des BMUB.

Die Belegungszahlen sind trotz Umstrukturierung verhältnismäßig konstant geblieben.

Tabelle 26: Input Energie KRA

Energiequellen* ¹	Einheit	2012		2013		2014	
Strom	Megawattstunde	722,309		716,291		702,563	
Leistungsspitze				167		169	
Fernwärme	Megawattstunde	1.893,7		2.106,91		1.553,11	
Fernwärme (witterungsbereinigt)	Megawattstunde Faktor	1.978,9 1,045		2.119,6 1,006		1.941,4 1,25	
Summe der Energiequellen	Megawattstunde	2.616,009		2.823,201		2.255,673	
Kernindikator							
pro Beschäftigtem		234	11,17	245	11,52	261	9,39
Anteil erneuerbarer Energien am Strom* ²				25,37		31,15	

*1 Keine Darstellung von Fernkälte, da diese in der Liegenschaft nicht bezogen wird.

*2 Ab 2013 wurde Ökostrom bezogen.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 27: Output CO₂-Emissionen KRA

	2012		2013		2014	
Fernwärme in Kilogramm CO ₂	427,976		476,79		351,468	
Kennzahl pro Beschäftigtem in Tonnen	234	1,83	245	1,94	261	1,35

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 28: Verbrauch und Kernindikator Wasser KRA

Wasserverbrauch	2012		2013		2014	
Summe in Kubikmetern	2.579,78		4.252,58*		2.545,33	
je Beschäftigten und Anzahl	234	11,025	245	17,36	261	9,75
je Beschäftigten und Tag (220 Arbeitstage)	0,050		0,079		0,044	

* Der erhöhte Wasserverbrauch 2013 kann retrospektiv nicht mehr analysiert werden, da das Gebäude erst seit Mitte 2014 vom BMUB genutzt wird.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Tabelle 29: Output Abfall KRA

Output/Einheit in Tonnen	2013		2014	
Restmüll* ¹	32,60		32,60	
Biomüll* ²	2,50		2,50	
Fettabscheiderinhalt* ³	5,64		5,64	
Papier* ⁴	36,60		36,60	
Altglas* ⁵	0,48		0,48	
Gesamtaufkommen	77,82		77,82	
Kernindikatoren Abfälle				
je Beschäftigten und Anzahl	245	0,318	261	0,299
je Beschäftigten und Tag (220 Arbeitstage)	245	0,0014	261	0,0011

*1 Der Restmüll wird in drei Behältern je 1100 Liter zweimal wöchentlich mal zweiundfünfzig Wochen geleert. Der Umrechnungsfaktor beträgt 0,095.

*2 Biomüll wird in einem 240-Liter-Behälter einmal wöchentlich mal zweiundfünfzig Wochen geleert. Der Umrechnungsfaktor beträgt 0,2.

*3 Der Fettabscheiderinhalt wird im Behälter je 0,5 Kubikmeter einmal monatlich entsorgt. Der Umrechnungsfaktor beträgt 0,94.

*4 Papier wird in vier Behältern je 1100 Liter zweimal wöchentlich geleert. Der Umrechnungsfaktor beträgt 0,08.

*5 Für Altglas stehen jeweils ein 1100-Liter-Behälter für Grün- und Weißglas zur Verfügung. Abholung erfolgt einmal jährlich. Der Umrechnungsfaktor beträgt 0,22.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

7

Ihr Ansprechpartner im BMUB

Ihr Ansprechpartner für Fragen zum Umweltmanagementsystem im BMUB ist:

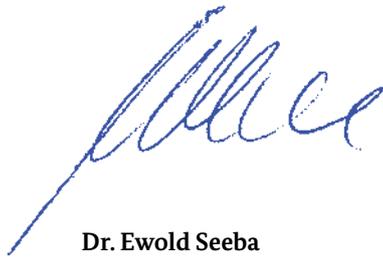
Reinhold Weigand,
Umweltmanagementbeauftragter
Postfach 120629
53048 Bonn
Telefon: 0228 99 / 30 53 112
E-Mail: umweltbeauftragter@bmub.bund.de

Hinweis: Zur Ressourcenschonung wird die Umwelterklärung des BMUB im Internet unter Eingabe des Suchbegriffs „Umwelterklärung“ gefunden.

Unterzeichner der Umwelterklärung



Jochen Flasbarth
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Dr. Ewold Seeba
Leiter der Zentralabteilung,
Grundsatzangelegenheiten
des Umweltschutzes und
zugleich Umweltmanagementvertreter

8

Erklärung des Umweltgutachters

Erklärung des Umweltgutachters zu den Begutachtungs- und Validierungstätigkeiten

Michael **H**ub
Umweltgutachter
Berater Umwelt, Qualität, Sicherheit

ERKLÄRUNG DES UMWELTGUTACHTERS ZU DEN BEGUTACHTUNGS- UND VALIDIERUNGSTÄTIGKEITEN

Der Unterzeichnete, Michael Hub, EMAS-Umweltgutachter mit der Registrierungsnummer DE-V-0086, akkreditiert oder zugelassen für den Bereich (NACE-Code)

- 84.1 Öffentliche Verwaltung,
- 84.24 Öffentliche Sicherheit und Ordnung,

bestätigt, begutachtet zu haben, ob die Standorte, wie in der Umwelterklärung der Organisation

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Liegenschaften:

- Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn
- Stresemann-Straße 128-130, 10117 Berlin
- Köthener Straße 2-3, 10963 Berlin
- Krausenstraße 18-26, 10963 Berlin

mit der Registrierungsnummer DE-110-00025

angegeben, alle Anforderungen der

Verordnung (EG) Nr. 1221/2009

des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für

Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS)

erfüllen.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der Umwelterklärung der Standorte ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Standorte innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereichs geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Frankfurt am Main, 13.05.2015




Michael Hub, Umweltgutachter
DAU-Zulassungsnummer: DE-V-0086

Umweltgutachterbüro
Michael Hub
Niedwiesenstraße 11a
D-60431 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 5305-8388
Telefax +49 (0)69 5305-8389
e-mail info@umweltgutachter-hub.de
web www.umweltgutachter-hub.de

Zugelassen von der DAU – Deutsche
Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft
für Umweltgutachter mbH, Bonn
DAU-Zulassungs-Nr.: DE-V-0086

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Aufgaben und Tätigkeiten	7
Abbildung 2: Instrumente der Planung, Umsetzung und Kontrolle	9
Abbildung 3: Organigramm EMAS	11
Abbildung 4: Bewertung der indirekten Umweltaspekte	18
Abbildung 5: Bewertung der direkten Umweltaspekte	25
Abbildung 6: Verbrauchsdaten für Dienstreisen (Bonn und Berlin)	31
Abbildung 7: Verbrauchsdaten für Fernwärme und Strom (RSP)	34
Abbildung 8: CO ₂ -Ausstoß Fernwärme (gesamter Dienstsitz Bonn)	35
Abbildung 9: Materialeffizienz	39

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bewertung der Umweltaspekte	15
Tabelle 2: Ziele für den Bereich indirekte Umweltaspekte	21
Tabelle 3: Übergeordnete Ziele der direkten Umweltaspekte für den Validierungszeitraum 2012 bis 2015	26
Tabelle 4: Verbrauchsdaten Dienstreisen	31
Tabelle 5: Output CO ₂ -Emissionen Dienstreisen	32
Tabelle 6: Treibstoffverbrauch Fahrdienst	32
Tabelle 7: Input/Output und Energieeffizienz Fahrdienst	33
Tabelle 8: Input Energie RSP Energieeffizienz	34
Tabelle 9: Output CO ₂ -Emissionen	35
Tabelle 10: Output Abfälle/Kernindikatoren RSP	36
Tabelle 11: Input/Kernindikator Wasser RSP	36
Tabelle 12: Bereinigter Wasserverbrauch	37
Tabelle 13: Kennwert Wasserverbrauch	37
Tabelle 14: Input Betriebsmittel	38
Tabelle 15: Kernindikatoren Bereich Materialeffizienz	39
Tabelle 16: Offene Maßnahmen	40
Tabelle 17: Abgeschlossene/geprüfte Maßnahmen	41
Tabelle 18: Input Energie	42
Tabelle 19: Kernindikatoren im Bereich Output Emissionen	43
Tabelle 20: Kernindikatoren Wasser	43
Tabelle 21: Output und Kernindikatoren Abfälle	43
Tabelle 22: Input Energie/Energieeffizienz KTR	44
Tabelle 23: Kernindikatoren Output CO ₂ -Emissionen	44
Tabelle 24: Verbrauch und Kernindikatoren Wasser	45
Tabelle 25: Output Abfälle/Kernindikatoren KTR	45
Tabelle 26: Input Energie KRA	46
Tabelle 27: Output CO ₂ -Emissionen KRA	46
Tabelle 28: Verbrauch und Kernindikator Wasser KRA	47
Tabelle 29: Output Abfall KRA	47

Abkürzungsverzeichnis

AG (PE)	Arbeitsgruppe (Personalentwicklung)	BAKöV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
AL Z	Abteilungsleiter Zentralabteilung, Grundsatzangelegenheiten des Umweltschutzes/ Zentralabteilung, Finanzierungsinstrumente, Strukturfonds (ab 18. Legislaturperiode)	B	Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten
		BBR	Bundesamt für Bau- und Raumordnung

BBSR	Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung im BBR	HV	Hausverwaltung
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	IG	Umwelt und Gesundheit, Immissionsschutz, Anlagensicherheit und Verkehr, Chemikaliensicherheit
BfE	Bundesamt für kerntechnische Entsorgung	IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
BfN	Bundesamt für Naturschutz	IRENA	The International Renewable Energy Agency (Die Internationale Organisation für erneuerbare Energien)
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz	ISEK	Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept
BIBB	Bundesinstitut für berufliche Bildung	ISO	International Organization for Standardization
BImA	Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten	IT	Informationstechnik
BMI	Bundesministerium des Inneren	KBB	Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (alt)	KI	Klimaschutz; Europa und Internationales
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	KRA	Krausenstraße
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	KTR	Standort Köthener Straße (Berlin)
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	LG UA	Lenkungs-gremium Umweltausschuss
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	MusSt PT	Museumsstiftung für Post und Telekommunikation
BPA	Bundespresseamt	N	Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung
BReg	Bundesregierung	NABU	Naturschutzbund Deutschland e. V.
BSchA	Beschaffungsamt	NBS	Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt
BT-DS	Bundestags-Drucksache	PEFC	Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes
CBD	Convention on Biological Diversity (Biodiversitäts-Konvention)	PKW	Personenkraftwagen
CeBIT	Centrum für Büroautomation, Informationstechnologie und Telekommunikation	ProgRes	Deutsches Ressourceneffizienzprogramm
CO₂	Kohlendioxid	PV	Photovoltaik
COP 21	Weltklimagipfel 2015 (21 st Conference of the Parties)	RS	Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung
DAU	Deutsche Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Umweltgutachter	RSK	Kommissionen für Reaktorsicherheit
DBU	Bundesstiftung Umwelt	RSP	Standort Robert-Schumann-Platz (Bonn)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag	SSK	Strahlenschutz
EE	Erneuerbare Energien	STR	Standort Stresemannstraße (Berlin)
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz	SW	Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht
eGovG	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung	TGM	Technisches Gebäudemanagement
EKF	Energie- und Klimafonds	TMS	Travelmanagement Service
EMAS	Eco-Management and Audit-Scheme	UA	Umweltausschuss
EMAS-VO	EMAS-Verordnung	UAL ZI	Unterabteilungsleitung Verwaltung
FaSi	Fachkraft für Arbeitssicherheit	UBA	Umweltbundesamt
FSC	Forest Stewardship Council	UFO-Plan	Umweltforschungsplan
G	Grundsatzangelegenheiten der Umwelt-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik	UHB	Umwelthandbuch
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit	UMB	Umweltmanagementbeauftragter
GLT	Gebäudeleittechnik	UN	United Nations (Vereinte Nationen)
Green-IT	Bestrebungen, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten	WR	Wasserwirtschaft, Ressourcenschutz
		WWF	World Wildlife Fund
		Z	Zentralabteilung, Finanzierungsinstrumente, Strukturfonds

